

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

59 (11.3.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepulverte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüberangelegene und Stellungszeile 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 40 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, der bei Nichtbezahlung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Geschäftsverhältnisse: Karlsruhe L. 2. 6. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 6 Uhr vormittags.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Außerstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Zustellung 2,70 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erschließung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2. Waldstraße 28 o. Jernau 7020 und 7021 o. Volkstfreund-Zustellung: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jagdbaustraße 12; Kallstadt, Kollnstraße 2; Offenburg, Republikstraße 7

Nummer 59

Karlsruhe, Mittwoch, den 11. März 1931

51. Jahrgang

Herunter mit der Arbeitszeit!

Neuer Gewerkschaftsvorstoß für 40 stündige Arbeitswoche und gegen Lohndruck. Den Arbeitslosen muß wieder Beschäftigung gegeben werden

Der Bundesausschuß des A. D. G. B. nahm am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus eingehend zur Arbeitszeit- und Lohnfrage Stellung. Seine Forderungen wurden in zwei einstimmig angenommenen Entschlüssen zusammengefaßt. Die Entschlüsse zur Arbeitszeitfrage lautet:

Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach der Reduzierung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit höherem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1920 die gesetzliche Einführung der 40 stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeit-Verkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Andern der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und soziale Not der Millionen Arbeitslosen hinzuweisen, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß die schärfsten Proteste dagegen, daß in die künftige Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedsverfahren gefaßt und zwangsweise durchgeführt werden, die sogar

eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festlegen haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erwerbslosen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.

Die Entschlüsse zur Lohnfrage hat folgenden Wortlaut:

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungswanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden mit dem schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesehen wurden. Statt der in Aussicht gestellten Beseitigung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unfähigkeit der Wirtschaft, die Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.“

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt daher nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Wirtschaft, sowie die Summen aus der Erwerbslosigkeit, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und reißend in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des Wirtschaftslebens, namentlich aber die Grundlage der Ersizienz weiter Kreise der Handels- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Stand auf die Höhe sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeitslosigkeit gegenüber dem rückwärtslosen Unternehmertum den Schritt zu gewähren, den andere, weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Krebsübel § 218

Kattenschwanz von Prozeßern mahnt dringlich zur Gesetzesänderung

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Nach einer von dem Stuttgarter kommunistischen Blatt veröffentlichten Darstellung soll die Stuttgarter Staatsanwaltschaft bei dem gegen die Ärzte Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jakobowitz eingeleiteten Verfahren zunächst versucht haben, die Untersuchung nur gegen Proletarierfrauen zu führen. Sie habe sich jetzt jedoch „unter schwerstem Druck dazu entschließen müssen, auch diejenigen § 218-Fälle zu untersuchen, bei denen es sich um Frauen der höchsten und angesehensten Stuttgarter Bürgerkreise handelt.“

Während diese Untersuchung, wie das Blatt schreibt, auch auf andere Stuttgarter Ärzte ausgedehnt werden müssen, die insgesamt in rund 200 Fällen Infektionsstoffe für die Frauen wohlhabender Bürger ausgeteilt hätten. In der Tat hat Frau Dr. Jakobowitz-Kienle beschuldigten Karthofel neben den Namen zahlreicher Proletarierfrauen und armer Bauernmädchen auch Namen von Frauen gefunden worden, die seit Jahr und Tag in der Gesellschaft eine Rolle spielen und deren Männer teilweise sogar hohe Stellungen in kirchlichen und Staatsbehörden einnehmen. Die Staatsanwaltschaft, so behauptet das Blatt, hätte diese Namen gern über-

sehen, diese Absicht sei aber vereitelt worden. Einige der Fälle bezeichnet das Blatt durch Angabe des Berufs der Ehemänner oder Väter so deutlich, daß man mit geringer Mühe die Namen der betreffenden Personen feststellen könnte.

Gegen zahlreiche Stuttgarter Ärzte wird der Untersuchungsrichter nach den Mitteilungen des Blattes ein Verfahren einleiten müssen. Bis jetzt seien erst acht andere Ärzte in die Untersuchung einbezogen worden, es soll sich jedoch um etwa 100 Ärzte handeln. In den drei großen Stuttgarter Frauenkliniken seien zahlreiche Schwangerschaftsunterbrechungen an Frauen wohlhabender Kreise ausgeführt worden. Im besonderen wird dabei auf die unter Leitung von Prof. Baish stehende städtische Frauenklinik hingewiesen. Die Denunziation gegen Dr. Wolf soll von zwei hochgestellten Ärzten erfolgt sein, die im Krankenhaus Bethesda arbeiten, wo eine der Frauen lag, für die Dr. Wolf ein Abtreifen ausgeführt hatte. Das Blatt sagt, daß der Mann jetzt schon mißglückt sei, zwei mißliebige Ärzte, die sich zur sozialen Induktion bekennen, herauszuweisen. Es werde nicht nur dem Prozeß Wolf, sondern noch zehn weitere derartige Prozesse geben, für die jenseitig Material vorliege, daß die Staatsanwaltschaft in ihm erhitzen könne.

Britisches Heeresbudget und Abrüstungsfrage

WTB, London, 10. März. Der Staatssekretär für die Landesverteidigung, Eoban, brachte heute nachmittags im Unterhaus die Paranschlüsse ein und erklärte dazu: Es stehe außer Frage, daß die riesige Herabsetzung der Rüstungen, die in England vorgenommen wurde, von anderen Ländern nicht nachgemacht worden sei. Die Regierung werde, wie es bei der Flottenabrüstung gelang, auch bei den Verhandlungen über die Abrüstung zu Lande eine führende Rolle übernehmen. Aber zuerst sei es vollkommen unumgänglich, eine Herabsetzung der Streitkräfte vorzuschlagen, und aus diesem Grunde seien die in den Voranschlägen aufgeführten Zahlen ungenügend die gleichen wie im vergangenen Jahr.

Japan stimmt Flottenabkommen zu

Tokio, 11. März. (Zurücksendung). Die japanische Regierung hat am Dienstag beschlossen, dem Flottenabkommen zwischen England, Frankreich und Italien zuzustimmen.

Englands Konvention gegen Indientonferenz

Die englischen Konventionen erklären plötzlich, sie widersetzen sich im gegenwärtigen Augenblick einer zweiten Indientonferenz. Doch wird die Festigkeit dieses Entschlusses bezweifelt.

Sir Mosley aus Labour Party ausgeschlossen

Der Exekutivauschuß der englischen Arbeiterpartei hat Sir Oswald Mosley infolge seiner gegen die Partei gerichteten Aktion aus der Partei ausgeschlossen.

Unternehmerbrutalität

Durchführung der Aussperrung in der bayer. Metallindustrie

WTB, München, 10. März. Die vom Verband bayerischer Metallindustrieller in den bayerischen Großstädten für Montagabend am Arbeitschluß verhängte Aussperrung ist einheitlich durchgeführt worden und betrifft, wie gemeldet, rund 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Arbeitsmarkt im Reich

Immer noch furchtbare Ziffern

Ende Februar hatte nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 28. Februar dieses Jahres sowohl die Zahl der Arbeitslosen als die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung etwas abgenommen, nur die Zahl der Krüppelunterstützten ist etwas gestiegen, jedoch langsamer als im Vormonat. Die Zählung vom 28. Februar ergab, daß von den bei den Arbeitsämtern eingetragenen verfügbaren Arbeitslosen rund 4 972 000 arbeitslos waren, d. h. rund 19 000 weniger als am 15. Februar. Aus dieser Zahl wurden Ende Februar rund 2 589 000 aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, rund 908 000 aus denen der Krüppelunterstützung unterstellt. Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem letzten Stichtag beläuft sich auf annähernd 13 000, die Mehrbelastung in der Krüppelunterstützung auf rund 46 000 Hauptunterstützungsempfänger. Von den beiden versicherungsmäßigen Unterstützungseinrichtungen wurden mit dem Ende Februar rund dreieinhalb Millionen Arbeitslose betreut.

Der Kapp-Putsch

Eine Erinnerung

Von Reichsminister a. D. Gustav Noske

Am 10. März 1920 ging mir die Mitteilung zu, General Lüttich werde an diesem Tage vom Reichspräsidenten empfangen. Sofort rief ich den Präbenten an und bat, zu der Aussprache zugezogen zu werden. Damit war Ebert einverstanden. Am Nachmittag hatte ich im Reichstag eine Besprechung mit dem Chef der Heeresleitung, General Reinhard, und dem Chef der Admiralität, von Trotha, wegen der Marinebrigaden. Mein Stabschef hatte an diesem Tage mit dem Kapitän Ehrhardt eine Aussprache gehabt, deren Ergebnis zusammengefaßt das war, daß der Führer der Marinebrigade versicherte, er führe jeden Befehl seines Generals aus, doch würde er keinen Befehl befolgen, wenn er wisse, daß er dem Willen der Regierung zuwiderlaufe. Es wurde beschlossen, trotzdem von Trotha Befehlen ankerte, die Marinebrigaden dem Kommando Lüttich zu entziehen und dem Chef der Admiralität zu unterstellen.

Bei Ebert erschienen um 6 Uhr abends außer Lüttich sein Chef des Stabes, Generalmajor v. Odershausen, und der Kommandeur des Wehrkreises 3, Generalleutnant v. Oven. Lüttich trug mit stärkerer Betonung als sonst bei Aussprachen seine Ansichten vor. So-

Beamte und Republik

Preußen greift zu

Berlin, 11. März. (Zurücksendung). Im Hauptauschuß des preussischen Landtages erklärte der preussische Innenminister am Dienstag anlässlich der Beratung seines Etats, daß der preussische Beamtenapparat festgesetzt sei und von einem Zerfallen bzw. einer Gefahr der Auflehnung gegen die Politik der Staatsregierung gar keine Rede sein könne. Er treibe keineswegs Gefinnungsschnüffelerei. Aber er könne keine Beamten ernennen oder dulden, die sich nicht die Befassung und die Befehle zur Richtschnur ihres Verhaltens machten, sondern abhängig von Anordnungen ihrer Parteileitungen wären. Die nachgeordneten Behörden seien angewiesen, die Hege der Nationalsozialisten gegen pflichttreue Beamte in Zukunft nicht mehr zu dulden. Er, der Minister, sei nicht gesonnen, sich die maßlosen Zügellosigkeit im Kampf gegen den Staat und seine Beamten weiterhin gefallen zu lassen.

weil sie politische Fragen betrafen, bewegten sie sich im Rahmen der in letzter Zeit von den Deutschnationalen propagierten Forderungen: Baldige Reichstagswahlen, Wahl des Präsidenten durch das Volk, Fachminister. Wiederholt wurden von ihm ferner bekannte Truppenwünsche, deren Erfüllung im Gange war, und Bedenken gegen die Truppenverminderung. Ferner beklagte er sich über die von mir in den letzten Tagen verfügte Entlassung zweier Generale und beantragte die Entlassung des Generals Reinhard als Chef der Heeresleitung durch den seit Monaten verabschiedeten General v. Wriesberg.

Der Reichspräsident besprach sehr ruhig die politische Lage und ging auf die erörterten Personenfragen ein. Von mir wurde darauf betont, Forderungen habe kein General der Reichswehr zu stellen. Ein Pronuntiationamento der Offiziere werde schärfste Zurückweisung erfahren, wenn es versucht werden sollte. Befehle seien strikte zu befolgen. Daran knüpfte ich die Mitteilung, daß Lüttich die Verfügung über die Marinebrigaden entzogen sei. Auch die sonstige Truppenverminderung werde genau nach Vorschrift vorgenommen. Reinhard bleibe auf seinem Posten und wie bisher werde jeder General entfernt, gegen den Bedenken bestünden. Sehr nachdrücklich warnte ich vor dem Gedanken an einen Auflehnungsversuch, bei dem die Offiziere die Mannschaften keineswegs hinter sich hätten und der das Reich ruinieren würde.

Lüttich war sichtlich betroffen, meinte besonders, gegen den Reichspräsidenten und mich bestünde keine Abneigung, und beklagte es schließlich, daß ich so scharf zu ihm gesprochen hätte. Die beiden anderen Generale äußerten sich mit keinem Wort zustimmend zu den Lüttichschen Darlegungen. Odershausen hat mir später mitgeteilt, nachdem sie das Zimmer verlassen hätten, hätte sein Chef zu ihm gesagt, er sei derartig mitgenommen, daß er sich sofort niederlegen müsse. Der Reichspräsident nahm an, Lüttich werde am nächsten Tag um seinen Abschied bitten.

Am 9. März war ich darauf aufmerksam gemacht worden, daß Generalstabschef Kapp und der frühere Hauptmann Babst sehr geschäftig seien. Bestimmte Angaben konnte ich nicht erlangen. Am 11. März früh ging mir eine erneute Warnung zu, wieder aber ohne Anführung von konkreten Tatsachen. Trotzdem entschloß ich mich, selbst auf die Gefahr hin, einen Mißgriff zu tun, die beiden Männer und zwei weitere, die mit ihnen in Verbindung standen, festnehmen zu lassen.

Freitag früh ordnete ich die Verhaftung des Obersten Bauer und des Polizeihauptmanns von Kessel an und

Freistaat Baden

Nazis verlagern im Landtag

Keine Berichterstattung durch nationalsozialistische Landtagsabgeordnete

Ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter schreibt uns: Wie im Bericht über die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses der Parteipresse bereits mitgeteilt worden ist, haben die sechs nationalsozialistischen Abgeordneten des badischen Landtags beschlossen, die Übernahme und Bearbeitung von Berichten zu verweigern. So habe es ihre Fraktion bestimmt.

Schon und auch! Aber die Herren Nazis hätten der Erklärung über ihre parlamentarische Obstruktion hinzufügen sollen, daß sie demzufolge auch auf einen Teil ihrer Diäten verzichten würden. Das haben sie nicht getan; im Gegenteil, sie haben das gleiche Beispiel der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nachgemacht und nehmen ihre Diäten, ohne zu arbeiten, voll im Anspruch.

Dabei gehört die Berichterstattung über Gesetzesvorlagen, Anfragen der Parteien und Gesuchen an den Landtag zur pflichtgemäßen Arbeit eines jeden Abgeordneten. Der unwillkürliche Berichtshatter hat viel Zeit und Arbeit aufzuwenden, sich in die Materien zu vertiefen, Material herbeizuschaffen, die Antwort der Regierung auf Anfragen der Abgeordneten zu prüfen und letzten Endes dem Ausschuss, wie dem Plenum ein möglichst übersichtliches Bild von der Bedeutung einer Gesetzesvorlage oder einer Anfrage zu geben.

Es ist natürlich sehr bequem, sich von einer solchen Arbeit zu lösen und sie den anderen zu überlassen, aber parlamentarisch ist es nicht und pflichtbewußt ist ein solches Verhalten nicht. Und diese Leute haben sich vor den Wahlen angesetzt, das Parlament „reformieren“ zu wollen. Sowohl, den anderen die Arbeit und ihnen selbst Redensarten und Geschwätz in den Ausschüssen und in öffentlichen Sitzungen. Das ist nationalsozialistische Methode!

Dabei ist es im badischen Landtag allgemein bekannt, daß die Nationalsozialisten in den Ausschüssen nichts leisten! Entweder ihr Vertreter fehlt oder er weilt mit dem vorliegenden Landtagsmaterial nichts anfangen. Bei der Behandlung des Polizeistrafrechts (Uniformverbot) z. B. wurde erst wieder konstatiert, daß der nationalsozialistische Vertreter im Rechtsausschuss bei der Abstimmung über dieses wichtige Gesetz nicht einmal anwesend war, geschweige, daß er mitsprachefähig wäre. Obwohl dieses Gesetz die Nationalsozialisten hätte besonders interessieren müssen.

Wie überall Verleger, Geschrei und keine Hilfeleistung auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete! Und eine solche lammernde Partei hat am 14. September 1930 in Baden rund 226 000 Stimmen erhalten! Arme Wähler der Nationalsozialisten, wie seid ihr getäuscht worden!

Im Anschluß an obige Tatsachen macht der Badische Beobachter unter dem Titel „Die Hakenkreuzler an der Arbeit“ folgende Feststellungen:

Eine vieltägige Mitteilung gab vor einigen Tagen der Landtagspräsident in einer Sitzung des Haushaltsausschusses bekannt. Er teilte mit, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten auf Grund von Fraktionsbeschlüssen die Übernahme und Bearbeitung von Berichten verweigern würden. Man habe daher im Ausschuss für Angelegenheiten und Beschwerden die Gesuche von nationalsozialistischen Abgeordneten zurückgewiesen. Mit diesem Beschluß haben die Nationalsozialisten wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt. Jeder Arbeitsamtlich einermachen achtet Schüler weiß, daß die wichtige parlamentarische Arbeit nicht etwa in den Sitzungen der Landtage, sondern gerade in den Ausschüssen geleistet wird. Die öffentlichen Entschuldigungen fallen bereits in den Ausschüssen, deren wesentliche Zusammenlegung in jene im Plenum im allgemeinen überwiegt. Das Plenum selbst wird — leider! — heute viel von den Parteien, und zwar ganz besonders von den radikalen Parteien, nur noch als eine günstige Stätte betrachtet, von der aus die Reden zur Tribüne oder zum Fenster hinaus hält. Durch die Übertragung der nationalsozialistischen Abgeordneten, sich an den Arbeiten in den Ausschüssen zu beteiligen, geben sie also zu erkennen, daß sie auf praktische Arbeit nicht den geringsten Wert legen. Sie wollen ihr Mandat lediglich in den Diensten ihrer Klienten verleben. In den Ausschüssen der Parteien, wobei ihnen das Wohl des Volkes gleichgültig ist, was verschleißt auch? Die Hauptsache ist, daß einem der demokratische Staat, den man so sehr liebt, Diäten für Freiarbeiter zur Verfügung stellt! Das Ganze nennt man dann: „Wohlfahrt geht vor Eigentum!“

Diäten - freifahrkarte und noch Gehalt

Gut bezahltes Reichstagschwänzen

Auf Veranlassung des preussischen Innenministers ist gegen den Reichstagsabgeordneten und Regierungsrat von dem Ansehen des förmlichen Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Amte eingeleitet worden.

Von dem Ansehen wurde bereits lange vor dem Reichstagswahlkampf am dem Düsseldorf-Regierungspräsidenten wegen seiner öffentlichen Betätigung für die Nazi-Partei seines Amtes entbunden. Seit dem Reichstag aufgelöst wurde, bestimmten die Nazis den preussischen Staatspräsidenten von dem Reichstagsabgeordneten. Nicht weit ist irgendwelche Qualitäten besitzt, sondern weil er von der preussischen Regierung gemahnt worden war. Die Reichsversammlung am 14. September brachte dann auch den Nazi-Regierungsrat in den Reichstag, so daß das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren unterbrochen werden mußte. Der Reichstag hat nun die Weiterverfolgung der Angelegenheit seine Zustimmung gegeben. Das Tolle bei diesem Nazi-Regierungsrat ist aber, daß er nun schon seit Monaten für Nichts und Wiederrichts nicht nur sein eigenes Gehalt kassiert, sondern außerdem monatlich auch noch mehrere hundert Mark Diäten erhält, obwohl er den Reichstag nur ein paar Wochen schwänzt. Wie bei dem Reichstagsabgeordneten, so ist es auch den Beamten der Nazi-Fraktion. Sie alle tun, obwohl sie den Reichstags schwänzen, keinen Dienst. Sie sind aber pünktlich zur Arbeit, wenn es für Nichts und Wiederrichts Gehalt kassieren heißt. Und wenn es heißt, ebenfalls für Nichts und Wiederrichts Diäten im Empfang zu nehmen.

Wenn wird diesen Schmarotzern, die dazu noch mit einer Freifahrkarte ausgestattet sind und täglich die große Mehrheit des Reichstages in der gemeinsten Weise beschimpfen, endlich das Handwerk gebrochen?

Nazi-Verstoß gegen das Uniformverbot

Am Sonntag, 10. März, am Sonntagabend wurden von der Polizei etwa 60-70 Nationalsozialisten, die in Uniform gekleidet waren, in den Straßen der Stadt angehalten und zur Aufklärung des Tages anverhaftet. Der Führer des Tages meinte sich und wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsmacht zur Anzeige gebracht.

Das Ende der Kreuzzeitung?

Wie das Berliner Tageblatt erfahren haben will, wird die Kreuzzeitung, das letzte Berliner Blatt der Reichszeit, das jetzt im 83. Jahrgang besteht, am 1. Juli ds. Js. ihr Erscheinen einstellen.

Ordensanwärter bei Hitler

Die Ehrenliste der Nazis

Wir haben dieser Tage die erhebliche Tatsache verzeichnet, wie Joseph Goebbels aus dem Geschlechte Hitler durch besondere Verordnung zu bestimmen geruhte, daß sämtliche SA-Mann - Offiziere und Gemeine - in Zukunft das „Hohheitszeichen“ des dritten Reiches zu tragen berechtigt sind.

Exerzismus ist jetzt einen Schritt weitergegangen. In seinem Leibblatt läßt er eine lange „Ehrenliste“ veröffentlicht. Sie tut kund und zu wissen, daß eine mehr oder weniger erhebliche Anzahl seiner untertänigen Getreuen für besonders eifrige Werbearbeit Ehrezeichen in verschiedener Abstufung erhalten haben. Wir finden zunächst folgende Rangstufen:

1. Die Große Goldene Hitler-Nadel
2. Die Kleine Goldene Hitler-Nadel
3. Die Große Silberne Hitler-Nadel
4. Die Kleine Silberne Hitler-Nadel
5. Die Bronzene Hitler-Nadel

In Anbetracht der nach Hitlers Ansicht festgestellten Mindestwertigkeit der Frau sollen seinen Anhängerinnen,

Neue Nazi-Deformation



Nach der großen, kleinen, goldenen, silbernen und bronzenen Hitler-Nadel hat Adolf der Große für besonders eifrige und gut parierende Mitglieder den goldenen Hakenring gestiftet!

die bekanntlich alle noch den „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Knoten“ an Stelle des Hakenkreuzes tragen, in Zukunft noch goldene, silberne oder bronzene Hitler-Hakenringe erhalten werden, und zwar in gleicher Abstufung wie die Männer-Nadeln.

Dem Sanitätsgehilfen von Nordern und ehemaligen Pastor Künzinger ist, nach der gleichen Ehrenliste, für besonders erfolgreiche Werbung ein Auto (allerdings nicht aus Gold) verliehen worden.

Im übrigen geben wir im Nachfolgenden aus der heute neu vorliegenden Nazi-Chronik eine Reihe von Anwärtern für die Hitler-Nadel, wobei wir hinzufügen möchten, daß unserer Anschauung nach alle der Großen Goldenen Hitler-Nadel würdig sind:

Justizwachtmeister in Mannheim verhaftet

Hakenkreuz-Bangfinger im Landgericht

Die Neue Badische Landeszeitung berichtet:

Seit Jahren schon wurden in den Räumen des Mannheimer Gerichtgebäudes rätselhaft Diebstähle ausgeführt. Der Täter hatte es meist auf Bargeld abgesehen, das er in einem unbewachten Moment aus der Zivillenkasse der Herren Richter in den Bürosimmern stahl. Wer aber war der Täter? Dies war selbst in diesen heiligen Hallen des Gerichts nicht anzuklären. Da kam der Zufall zu Hilfe und es gelang, den eifrigen Bangfinger auf frischer Tat zu ertappen. Und da er sich das Ueberrassende, daß ein Justizwachtmeister der Täter war, in seiner amtlichen Eigenschaft befand er sich mit Allen in dem Zimmer eines Landgerichtsrats. Das Unglück wollte es — d. h. für ihn war es ein Unglück, — daß der Landgerichtsrat unversehrt aus einer Sitzung in sein Büro zurückkam. Immerhin glückte es ihm noch, die schon entwendete Briefschloß in den Händen der Angeklagten zu lassen. Der Landgerichtsrat, als er später den Bericht seiner Briefschloß bemerkte, hatte aber Verdacht geschöpft und ließ den Justizwachtmeister durch einen Kriminalbeamten festnehmen. Nach anfänglichem Weigern bequeme sich der seit sechs Jahren schon im Dienst stehende Justizwachtmeister Heinrich Pfeiffer zu einem Geständnis.

Das Merkmal an dieser Geschichte ist, daß Pfeiffer sich als aktives Mitglied der Nationalsozialistischen Partei in Mannheim besonders hervorgetan hat, so sehr, daß er bei den letzten Gemeindevahlen an 20. Stelle in der Liste der Stadtverordnetenlandtagsmandat figurierete. Er soll heute noch als Trommler dem Musikchor der Nationalsozialisten anhängen. Früher stand er in Diensten der Reichswehr.

Des Hakenkreuz-Frauenordens würdig

Nach dem Fall Kaufmann teilt die WPA von Dr. Helmut Klotz einen neuen Fall mit, der diesmal die weibliche Abteilung der Hakenkreuzler betrifft: Gegen die Leiterin des nationalsozialistischen „Deutschen Frauenordens“ in Berlin, Fräulein Elisabeth Zander (nicht zu verwechseln mit Helitta Wiedemann, Leiterin der „Nationalsozialistischen Frauenarbeitsgemeinschaft“, die verurteilt durch ihren eigenen Abwehrkampf gegen Eisbär 3 an der, als vielmehr durch die erfolgreiche Sammlung von Geldern für die Goebbelsche Tageszeitung — man spricht von 40 000 Reichsmark — sich verdient gemacht hat) ist vor einem Jahr ein Verfahren vor dem „Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss“ der Hitlerpartei durchgeführt worden; man machte ihr bedenkliche Unregelmäßigkeiten in der Finanzverwaltung — Unregelmäßigkeiten zu ihren Gunsten! — zum Vorwurf.

Der Urteilspruch war vernichtend für Fräulein Zander. Lediglich der Fürsprache ihres Freundes Goebbels hatte sie es zu verdanken, wenn das Urteil, das ihren politischen und sonstigen Ambitionen ein jähes Ende bereitet hätte, inhibiert und der Definitivität vorenthalten wurde. Und es entbehrt nicht der Komik, daß Herr Goebbels in den Verfahren eintritt mit der klaffenden Begründung, das „Ansehen der NSDAP“ verträge eine solches Urteil gegen eine leitende Persönlichkeit der Partei nicht!

Ein Nachspiel ist noch zu verzeichnen: der damalige Vorsitzende des Berliner Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses, Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Jorna, legte als Protest gegen dieses „würdelose Verhalten“ des Gauleiters dieses sein Amt, dazu sämtliche sonstigen Ehrenämter in der Hitlerpartei nieder.

Der Kasseler Kommunistenprozess

Kassel, 10. März. Der Kasseler Kommunistenprozess, bei dem bekanntlich 97 Kommunisten angeklagt sind, konnte heute vormittags seinen Anfang nehmen, nachdem die 97 Angeklagten sämtlich erschienen waren. Die Angeklagten sind zum größten Teil junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die meisten sind nicht vorbestraft, dagegen befinden sich unter ihnen auch verschiedene mit Vorstrafen, daß ein Angeklagter, der bereits 18 Vorstrafen aufzuweisen hat. Die Beugen sind erst um Mittag geladen.

Badens Lebensmittelgewerbe

Die Umwälze in den badischen Bäckereien und Metzgereien

In der amtlichen Erhebung über die Umwälze in wichtigen Gewerbezweigen im Jahre 1927 werden auch die Ergebnisse nach Baden bestanden veröffentlicht. Demzufolge hat Baden insgesamt 4552 Bäckereien und 2690 Metzgereien, die als veranlagte Betriebe in Frage kommen. In Baden kommen auf je 10 000 Einwohner 20 Bäckereien und 12 Metzgereien. Das Bäckergewerbe ist somit bedeutend stärker vertreten und daher ist auch der Prozentanteil der Zweigbetriebe im größeren Ausmaß vorhanden als im Metzgergewerbe. Baden steht sogar weit über dem Durchschnitt im Reiche, wonach auf je 10 000 Einwohner nur 18 Bäckereien in Frage kommen; es ist aber auch günstiger bei den Metzgereien, wo im Reichsdurchschnitt 12 Betriebe entfallen.

Der Gesamtumsatz in den Bäckereien betrug 102,4 Millionen Mark oder durchschnittlich je Betrieb 22 496 Mark. Hier liegen wiederum die Bäckereiumsätze weit unter dem Reichsdurchschnitt mit 28 157 Mark. Ueber dem Durchschnitt lag weitaus Karlsruhe mit 35 218 Mark hinaus. Von den Bäckereibetrieben hatten weit mehr als die Hälfte, nämlich 2707, einen Durchschnittsumsatz unter 20 000 Mark. Diese Betriebstypen konzentriert an dem Gesamtumsatz mit 29,7 Millionen Mark.

Dieses Befindungsbeispiel, wie ungemein stark in Baden der unrentable kleine Zweigbetrieb vertreten ist. Dieser Betriebstypus haben 1845 Bäckereien gegenüber mit einem durchschnittlichen Umsatz von je über 20 000 Mark und beherrichen den Gesamtumsatz mit 72,7 Millionen Mark. Im badischen Bäckereigewerbe konzentriert sich über zwei Drittel des Gesamtumsatzes auf etwa 40 Prozent aller Betriebe. An der Umsatzsteuer ist das Bäckereigewerbe mit 0,76 Millionen Mark beteiligt. Auf den Gesamtumsatz von Brot- und Backwaren entfällt pro Kopf 44 Mark jährlich, er ist höher als der durchschnittliche Reichsumsatz pro Kopf mit 42 Mark.

Im Metzgergewerbe ist ein Gesamtumsatz von 107 Millionen Mark festzustellen. Die wirtschaftliche Kapazität der Metzgereien ist bedeutend höher als die in den Bäckereien. Im Durchschnitt ergibt sich pro Betrieb ein jährlicher Umsatz von 32 23 Mark gegenüber 34 527 Mark im Reichsdurchschnitt. Der Fleisch- und Wurstwarenverbrauch ist somit hinter dem durchschnittlichen Verbrauch im Reiche. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß in erster Linie die stark verteilte ländliche Bevölkerung erfahrungsgemäß ihren Bedarf an Lebensmitteln vorwiegend auf dem Wege der Selbstver-

orgung deckt. Sie kommt somit als Abnehmer für die Erzeugnisse des B.- und Metzgergewerbes in geringem Maße in Betracht.

Ueber den Landes- und Reichsumsatz steht beispielsweise Karlsruhe mit 99 435 Mark weit hinaus. Nach Gegenüberstellung kommt in den Metzgereien das umgekehrte Bild hinzu gegenüber den B.-Betrieben in Betracht. Im Metzgergewerbe hatte der überwiegende Teil der Betriebe, nämlich 1850, je einen Umsatz von über 20 000 Mark und nimmt an dem Gesamtumsatz mit 122,6 Millionen Mark Anteil. Nur 840 Metzgereien weisen einen Umsatz von je unter 20 000 Mark auf und sind in dem Gesamtumsatz mit nur 8,1 Millionen Mark beteiligt. Im badischen Metzgergewerbe werden 94,2 Prozent des Gesamtumsatzes von 70 Prozent aller Betriebe getätigt. An dem Aufkommen der Umsatzsteuer ist das Metzgergewerbe mit 1,04 Millionen Mark beteiligt.

Der Verbrauch von Fleischwaren pro Kopf der Bevölkerung beträgt 61 Mark. Aber auch hier ist die badische Bevölkerung gegenüber dem Reichsverbrauch mit 72 Mark für Fleischwaren zurückgeblieben, wofür die wirtschaftliche Lage und die bereits oben erwähnten Gründe der Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung in Betracht zu ziehen sind.

Dieser interessante Einblick in die Betriebsgrößenverhältnisse zweier wichtiger Nahrungsmittelberufe zeigt erneut die Tatsache, daß hier der familienwirtschaftliche Zweigbetrieb den Warenmarkt beherrscht. Diejenigen Betriebe, die mit großen Umsätzen in Frage kommen sind nur in den Genossenschaftlichen zu finden. Privatkapitalistische Großbetriebe bestehen im Bäckereigewerbe überhaupt nicht. Warum sich das Privatkapital nicht auf die fabrikmäßige Erzeugung von Brot und Backwaren geworfen hat, liegt wohl in erster Linie daran, daß das Bäckereigewerbe viele günstige Chancen aufweist, indem es Produktions- und Verkaufsgewerbe ist und für den Einkauf der Rohstoffe nur geringe Kapazitäten in Frage kommen, die durch den täglichen Warenverkauf leicht und ohne Aufkündigung fremder teurer Gelder beschafft werden können.

Das Metzgergewerbe hingegen zeigt eine stark abhängige wirtschaftliche Struktur, die daher bedingt ist, daß hier der Zweigbetrieb die Erzeugnisse des B.- und Metzgergewerbes nur durch den Mittel- und Großhandel durch größeren Kapitalbesitz größeren Eingangs finden konnte.

Letzte Nachrichten

Naziradau in München

München, 10. März. (Sta. Draht.) Im Münchener Stadtrat kam am Dienstag zu einem wilden Handgemenge zwischen den Fraktionen der Nazis und der Bayerischen Volkspartei. Es war der Leiter der Partei, der als besonderer Brandstiftungsdelinquant durch die unerschrockenen Anführer des Nazibundes (Deutsches Museum) bekannt ist, führte sich durch Ausführungen eines Stadtrats der Bayerischen Volkspartei beleidigt. Er inszenierte selbst mit seinen Gefolgsleuten sofort einen unehrenhaften Kampf. Die Nazis warfen mit Zentnerschweren und schweren mit den Füßen auf ihre Gegner, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Nach ihrer Wiederaufnahme es fast noch einmal zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kommen, als die Nazis versuchten, die Aussperrung der Metallarbeiter demokratisch für ihre Zwecke auszunutzen.

Reichslandbund und Reichsregierung

Die gestern bereits mitgeteilte Kampfeinstellung des Reichslandbundes gegen die Reichsregierung läßt nach den Kommentaren der Deutschen Tageszeitung erkennen, daß eine eindeutige Haltung immer noch nicht ersichtlich ist, sondern daß mit dem Beschluß des Vorstandes die inneren Auseinandersetzungen über die Einstellung zum Reichsregierungsmittler Sätze vorläufig noch vertagt sind. Von dieser Entwicklung hängt es auch ab, ob sich der Reichslandbund von nationalsozialistischen Einflüssen freimachen wird oder nicht.

Minderheitenprozeß in Polen

Warschau, 11. März. (Funkdienst.) Am Dienstag begann hier der Prozeß wegen der am 19. November von ehemaligen Aufständischen in Lublin verübten Gewalttätigkeiten gegen Angehörige der polnischen Minderheit. Der Tatbestand ist der, daß an dem betreffenden Tage zahlreiche ehemalige Aufständische in die Wohnungen der Angehörigen der deutschen Minderheit eindrangen, sie vollständig zerstörten und die Wohnungsinhaber vielfach mißhandelten. In brutalen Vorwänden waren auch der Volksschulleiter von Lublin und der Leiter der polnischen Schule beteiligt. Beide wurden kurz nach dem Vorfall von der polnischen Regierung ihres Amtes enthoben. Sie stehen jetzt als Angeklagte mit vor Gericht. Bei der Verhandlung bekräftigten sämtliche Angeklagten ihre Schuld und versuchten, ihr Mißi nachzuweisen.

Deutsch-französische Katholikenkundgebung in Paris

In Paris fand am Montag eine deutsch-französische Katholikenkundgebung statt. Von deutscher Seite sprachen Abg. Joos und Abg. E. E. Weber. Von französischer Seite sprachen der französische Ministerpräsident Francois Mitterand und der Chefkatholik der katholischen Zeitung Action Populaire, Vater Desobry. Der Abg. Joos schilderte die verheerende Rolle der katholischen Kirche. Frau Weber entrollte ein erschütterndes Bild von der Arbeitslosigkeit in Deutschland, die gerade die Frauen und Mütter vor eine besonders tragische Aufgabe stellt. Sie betonte weiter, daß ohne Abklärung und ohne einschneidende Revision des gegenwärtigen Vertragszustandes kein wirklicher Friede in Europa möglich sei. Der französische Redner betonte es sorgfältig, auf die Worte seiner Vorgesetzten einzugehen und stellte seine Rede lebhaft auf einen Aufbruch gegen den Krieg ein.

Volkswirtschaft

Die Direktion der AG-Bardensfabrik in Gredwin hat in einem Teil der Produktion bereits ab Montag eine vierstündige Arbeitszeit von 10 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich durchgeführt. Dadurch die Möglichkeit gegeben, zahlreiche Arbeitsplätze dem Produktionsprozeß überzuführen. Der Internationalen Autoshow in Berlin, die rund 350.000 Besucher aus allen Teilen Deutschlands und auch aus dem Ausland anlockt, ist teilweise ein harter geschäftlicher Erfolg geblieben. Die meisten der Aussteller haben die Produktion von Autos abgelehnt. Da die meisten Firmen z. B. Zwicker-Zettin angedacht des immer mit der Produktion verbundenen Risikos auf eine verhältnismäßig hohe Produktion eingestellt haben, dürften in der Weizahl der Jahre Berliner Autokäufe bis weit in den Sommer reichen. Hinsichtlich der Autos, die für diesen Zweck, der weit in andere Wirtschaftszweige hinein greifen wird, auf gebracht können. Auch das Fahrzeuggeschäft soll leblich werden sein.

Rußlands Roggendumpling

Der SKD schreibt uns: Sowjetrußland hat vor einigen Tagen ein deutsch-holländisches Konjunktur- und Getreidebündeln von 100.000 Tonnen Roggen verkauft und zwar zu dem Spottpreis von 120 Mark pro Tonne. Zu derselben Zeit kostete der Roggen in Berlin etwa 165 Mark. Die Reichsregierung befürchtet nun, daß dieser Preisrückgang von Rotterdam nach dem Rheinland eingeführt wird und dem deutschen Roggen dort unliebsame Konkurrenz macht. Deshalb erhob sie den Roggenzoll über Nacht von 15 auf 25 Mark, was die Einfuhr des russischen Schleuderroggens zu verhindern. Die Auswertungen dieser Zolländerungen haben sich bereits an der Berliner Produktenbörse gezeigt, wo der Roggenpreis für den Export von 120 auf 150 Mark stieg. Die Zolländerungen müssen unbedingt auf Preisänderungen führen, da noch genügend Vorräte an deutschem Roggen vorhanden sind. Wir haben nun auf dem Standpunkt, daß gegen ein derartiges Dumping, wie es die Russen jetzt mit Hilfe des deutschen Getreidehandels inszeniert haben, etwas getan werden muß. Das zunehmende Ansehen der Zolländerungen können wir aber nur mit reichlichem Mißtrauen betrachten. Es ist vor allem zu befürchten, daß die Regierung den jetzt erhöhten Zoll im Sommer nicht erheben wird. Fällt nun die künftige deutsche Roggenenernte etwas schlechter aus als im letzten Jahr, was bei der erfolgten Einschränkung des Roggenbaus schon möglich ist, dann werden wir auf die Einfuhr ausländischen Roggens angewiesen sein und dann wird sich der Zoll voll auswirken und das Brot verteuern. Unter Mißtrauen wird durch die Stellung des Reichsernährungsministeriums in der Weizenfrage geklärt. Deutscher Weizen hat heute einen Wert von 100 Mark, die Terminpreise für Weizen liegen über 100 Mark. Wir haben Weizenknappheit in Deutschland. Die Regierung aber hält es nicht für angebracht, den überhöhten Weizenpreis zu senken.

Aus aller Welt

Freiwillig gestellt

Frankenthal, 10. März. Der am 1. Februar nach Unterhagau von 2000 M. zum Reich der Städtischen Sparkasse flüchtige vergangene jährliche Verwaltungsjahres Hermann Kramer hat sich der heiligen Staatsanwaltschaft freiwillig gestellt und wurde in Untersuchungshaft genommen. Er hat sich zuletzt in Paris aufgehalten.

Dauer-Schneefall in der Schweiz

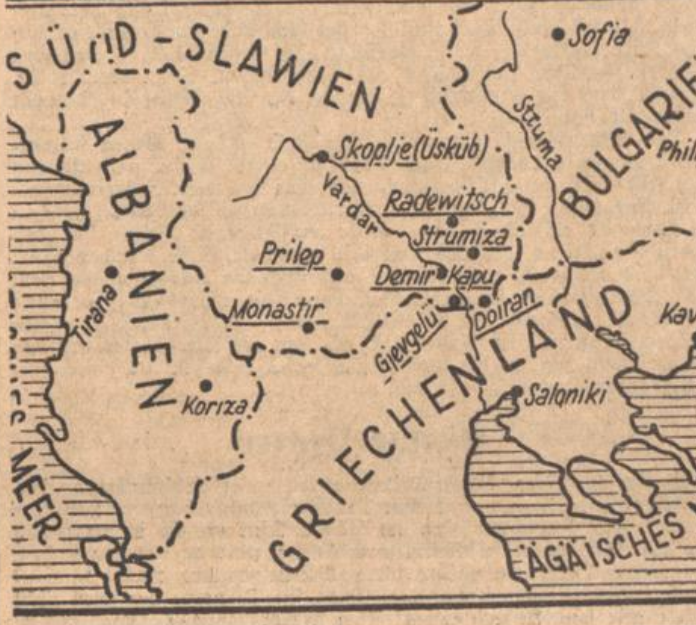
Bern, 10. März. In der gesamten Schweiz schneit es seit Samstag abend ununterbrochen. In Bern liegt der Schnee 90 Zentimeter hoch. In vielen Orten tragen die Weitzer und Wälderhütten und die Postboten, da sie mit Fährern nicht mehr vorwärts kommen, mit Stieren die Waren und Befehlsmänner aus. In Bern laufen die Kinder z. T. auf Stielen zur Schule. Seit 50 Jahren ist ein solcher Schneefall um diese Jahreszeit noch nicht vorgekommen.

Lavineneigung

Le Saven, 10. März. Am Sonntag vormittag ging eine gewaltige Lavinne vom Pic Chauvan in der Richtung der Kirche von Les Moles nieder. Ein Bauerngehöft wurde teilweise zerstört. Die Familie bestehend aus Vater, Mutter und sechs Kindern konnte rechtzeitig fliehen.

Erdrutsch in Kanton Basel-Land

Etingen (Basel-Land), 10. März. Durch das vergangene Wochenende Regenwetter und die Schneedecke sind in der sogenannten Schmitte 60 bis 80.000 Kubikmeter Erdrutsch, teilweise bestehend aus Wald und teilweise aus fruchtbarem Kulturland, im ganzen eine Fläche von über einhundert Hektaren in Bewegung geraten. Bis gestern betrug die Abwärtsbewegung ca. 15 Meter. Da das unsichtbare diese Bewegung verursachende Wasser (wohl auch Grundwasser) nicht abgelaßt werden kann, so erscheinen Abwehrmaßnahmen aussichtslos.



Garniturenwechsel bei der SPD.

Ein großer Schub ist augenblicklich unter der SPD-Fraktion im Gange. Eine Reihe kommunistischer Bezirkssekretäre, so der Reichstagsabgeordnete Neubauer in Düsseldorf, der sächsische Landtagsabgeordnete Krenn in Chemnitz, das Bürgerrechtler-tätige T. u. b. in Bremen sind als politische Leiter ihrer Funktionen entlassen und durch neue Leute ersetzt worden. Auch der Reichstagsabgeordnete W. u. b. in Chemnitz, politischer Leiter der Landtagsabgeordnete W. u. b. in Chemnitz, politische Leiter des dortigen SPD-Organisationskomitees, wurde durch den bisherigen Leiter des Reichstagsabgeordneten der Raten Hilfe, Schatz, abgelöst. Aus der Redaktion der roten Blätter sind die letzten Verfassungen. Die Abgehörten sind ebenfalls ein großes Revirement eingetreten. Die Abgehörten werden vielfach als Verber für Münchener Sozialistenpläne untergebracht. Als Grund dieser Massenabfertigung führender Funktionäre verhalten aus kommunistischen Kreisen, daß der „Temporeis“ in den einzelnen Bezirken in der „Organisierung der Revolution“ wie er sich besonders in ungenügenden Erfolgen am 25. Februar, dem Tage der SPD-Konferenz, erwiesen habe, den in die Hände gelangten Sozialistenplänen angegriffen wird.

Seecht lernt Strategie

Kapitän Seebach erzählt in seinem letzten Brief: Kennzeichnend für Seecht ist ein gesellschaftlicher Vorkang, der sich für sich in seiner Wohnung abspielt. Er den aus Ruten eingemauerten Stuben und Literaten Valeriu Marcu den anwesenden Franzosen vorstellte, glaubte er sich mit den Worten entschuldigen zu müssen: „Er ist zwar ein esthalter Jude, strategisch aber kann man eine Menge von ihm lernen.“ Derzeitigen Glückwunsch den Nationalsozialisten, wenn Seecht eines Tages Parteimitglied wird und seinen Intimus Marcu mitbringt. Das sind uns nette Berufsenergie, die von einem Literaten der sich aus Konjunkturgründen von radikalen Sozialisten zum Militärsten befehrt hat, noch strategisch zu lernen haben! Wenn die Partei es besser verstehen, sind Berufsenergie überflüssig!

Württemberg kauft Münchener Geldinjektion ab

Der Finanzausschuss des württembergischen Landtags beschloß auf einen sozialdemokratischen Antrag hin die württembergische Geldinjektion in München mit Wirkung vom 1. April 1931 an aufzukaufen.

Deutscher Journalist aus Prag ausgewiesen

Der Vertreter der Leipziger Neuesten Nachrichten in Prag, Kornhuber, ist aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden. Den unmittelbaren Anlaß der Ausweisung bildete ein Artikel, in dem Kornhuber die tschechische Revolutionsgeschichte als eine Kette moralischer und materieller Delikte bezeichnet hatte. Die Ausweisung des deutschen Journalisten geschah auf Grund eines allen österreichischen Gelehrten aus dem Jahre 1870.

Segelflieger Hirth über den Dächern Neugorts

Neugort, 11. März. Der bekannte Segelflieger Wolf Hirth führte gestern einen aufsehenerregenden Segelflug über den Dächern der Säuler Neugorts am Rineride Drive und der 164. Straße aus.

Dummer Testamentsjäger

Vor wenigen Tagen fand ein Straßentrottel in unmittelbarer Nähe der Berliner Schlossbrücke ein Kästchen mit einem Schriftstück, das eine Art Testament enthielt und dem Finder, einem jungen Dresdener Mädchen, 1000 Dollar als Erbe in Aussicht stellte. Die ganze Geschichte hat sich jetzt als ein „Schern“ des Wiener Filmfabrikanten Ernst Winkler herausgestellt, der in jenen Tagen in Berlin war und insinuiert zugesehen hat, der Fabrikant der dummen und fragren Täuschung gewesen zu sein. Winkler hat sich bereits des Fiktion mit dem Straßentrottel in Konflikt geriet und mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt wurde.

„Hilferite“

Ein Nationalsozialist in Hilden (Rheinland) hat seine neugeborene Tochter auf dem geschmackvollen Namen „Hilferite“ taufen lassen. Das Ständesamt mußte, da es auch schon Balthewitas und Stahlhelminen gibt, den Namen anerkennen.

Spielhöhlen bei Paris

Der seit langem schwebende Streit um die Wiedereröffnung des Spielfelds in Engbien hat in der französischen Kammer keine Entscheidung erfahren. Mit 340 gegen 250 Stimmen wurde die Wiedereröffnung aller im Umkreis von 100 Kilometern von Paris liegenden Spielhöhlen beschlossen.

Rückgang der Rekrutierung in England

Der Jahresbericht des britischen Seeres wies besonders auf den starken Rückgang in der Rekrutierung während des letzten Jahres hin, das am 30. September abschloß. Dem Bericht zufolge ist die Rekrutenanwerbung während dieses Jahres die niedrigste seit dem Kriege gewesen. Die Zahl der Rekruten betrug nur 26.550. Die gesamte Seeresstärke belief sich auf insgesamt 196.222 Köpfe (11.708 Offiziere und 184.514 Unteroffiziere und Mannschaften), während der Vorschlag eine Gesamtstärke von 207.492 vorgegeben hatte. Ebenso betrug die Stärke des Territorialseeres und der Reserve im Gegensatz zu dem Vorschlag von 536.932 nur 477.792 Offiziere und Mannschaften. Dieser Rückgang wird zum Teil auf das allgemeine Bestreben der Arbeitgeber zurückgeführt, ältere Leute durch jüngere zu ersetzen.

Wilhelms Schwager will Kellner bleiben

„Hier werden Sie vom Schwager des Kaisers bedient.“ So steht es in großen Lettern am Eingang einer Kneipe in Luxemburg zu lesen, in der Alexander Zoubloff als Kellner beschäftigt ist. Dieser Skandal scheint den ehemaligen Kaiser in seinem Altersheim in Doorn keine Ruhe lassen zu haben. Er entsandte eine Hofdame, um mit dem unmöglichen Schwager einen Vertrag abzuschließen. Zoubloff sollte irgendwo ein kleines Landhaus und eine jährliche Rente erhalten, wenn er sich verpflichtet, vom Schauspiel zu verschwinden. Der Kellner Zoubloff aber zeigte sich mißtrauisch. Er fürchtet allzu sehr, daß der Kaiser ihn, wenn er ihn erst einmal in der Hand habe, bald in einer Irrenanstalt internieren lasse. Zoubloff will daher in Freiheit bleiben, wenn auch nur als Kellner.

Partei-Nachrichten

Grünwettersbach. Es sei heute schon darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Samstag, 14. ds. Mts., abends 8 Uhr, hier im Gasthaus zum Adler eine öffentliche Wählerversammlung bezüglich der am Sonntag, 15. ds. Mts. stattfindenden Gemeindevahl stattfindet, in der Genosse Max Lomberg-Vorsheim als Referent sprechen wird über das Thema: „Der Volksbezug der Nationalsozialisten“. Ferner wird Genosse Bürgermeister Lehmann zur bevorstehenden Wahl selbst sprechen. Die gesamte Einwohnerschaft ist hierzu freundlichst eingeladen. Freie Diskussion!

Aus der Stadt Durlach

S.M.J. Durlach. Heute abend findet keine Probe statt, dafür muß morgen abend alles reiflos erscheinen. Anfang Punkt 8 Uhr in der Turnhalle. Probe für alle. Die nächsten Proben werden am Donnerstag abend bekanntgegeben. Gleichzeitige findet am Donnerstag, abends halb 9 Uhr, im Heim die Filmaufnahme „Selbst ist der Mann“ statt.

Das dritte Reich im Anzug

Der große Adolf wird persönlich sprechen im politischen Kabarett „Der rote Faden“ am Samstag abend 8 Uhr im Humenial. Eintritt 60 Pf. Erwerblos und Jungendliche 30 Pf.

Berliner Devisennotierungen Mittelkurs

Table with columns for location (Amsterdam, London, Hamburg, Paris, Prag, Schwaben, Spanten, Stockholm, Wien) and exchange rates for Gold and Silver.

Verantwortung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Folkt. Staats Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, S. Gräbebaum, Landtag, Gemeindefürsorge, Partei, Kleinbäcker, Chronik, Aus Durlach, Durlach, Übersetzung, Neugort, Die Welt der Frau, Hermann, Durlach, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Politik, Bundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Forum, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giese. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe

MAGGI'S Bratensoße advertisement with a picture of the product box and text describing its quality and availability.

Bekannte Pianist, große Staatsmänner und volkstümliche Persönlichkeiten haben sich Doppelgänger. Ihr Nachbarn wird mit Vorliebe nachgemacht, weil man sich einer gar zu gern mit ihnen verwechselt werden möchte. Und genau wie mit berühmten Personen, so ist es mit Waren von überlegender Güte. Auch sie werden nachgemacht. Nicht Brand ist ein Beispiel dafür. Sein Nachbarn, alle sein Name und seine Verpackung, wurde unähnliche Weise nachgemacht, trotzdem seine Qualität unerreicht ist. Damit nun alle Nachahmungen von Nicht Brand mit der Kaffeemühle auf den ersten Blick zu erkennen sind, erhielt er den geschäftlich geschützten Markennamen „Mühlen Brand“ und eine neue, schöne Packung. Volkstümlicher Preis und sehr große Ausgiebigkeit machen „Mühlen Brand“ zur richtigen Würze für jeden Kaffee. Und das damit zubereitete Kaffeegetränk? Wirklich fein!

Aus dem Gerichtssaal

Schwurgericht Karlsruhe

Im Karlsruhe, 9. März. In nichtöffentlicher Sitzung hatten sich heute vor dem Karlsruher Schwurgericht die 19jähr. Rosa Ziegler aus Würsch, die 20jährige Näherin Lina Maich aus Rünz und der 26jährige Bahnarbeiter Wilhelm Weber aus Obermergen.

Meineids

zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, in einem vor dem Amtsgericht Ettlingen anhängigen Unterhaltsprozeß im Juni 1930 falsche Angaben durch einen Eid bekräftigt zu haben. Erster Staatsanwalt Weiler beantragte gegen die Maich neun Monate Gefängnis, gegen die Ziegler einhalb Jahre Zuchthaus und gegen Weber einhalb Jahre Zuchthaus. Die Verteidiger traten für ein milderes Strafmaß ein. Nach zweifündiger Beratung verurteilte das Schwurgericht die Maich zu sechs Monaten Gefängnis abzüglich ein Monat Unterhaltshaft, die Ziegler zu einem Jahre Zuchthaus abzüglich vier Monate Unterhaltshaft, sowie 2 Jahren Ehrverlust, Weber zu 1 Jahre 6 Monaten Zuchthaus abzüglich drei Monate Unterhaltshaft, sowie fünf Jahren Ehrverlust. Bei der Ziegler und Weber wurde außerdem auf dauernde Eidesunfähigkeit erkannt.

Der tödliche Messerstich

Im Karlsruhe, 10. März. Unter starkem Andrang des Publikums verhandelte heute das Karlsruher Schwurgericht (Vorstand: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) gegen den 45jährigen verheirateten Schneider August Seufert aus Mannheim. Die vom Ersten Staatsanwalt Hofmann vertretene Anklage lautet auf Körperverletzung mit nachfolgendem Tode.

Der Angeklagte wird beschuldigt, am 10. November 1930, morgens zwischen 3 und 4 Uhr im Raub auf der Leinwand zwischen Kirrlach und der Reichsbahnkellerei Kirrlach den 29jährigen ledigen Fuhrmann Anton Seeger aus Kirrlach mit einem Taschenmesser einen Stich in die linke Brustseite beibringt zu haben, der das Herz und die Leber verletzte und den alsbaldigen Tod des Seeger zur Folge hatte.

Der Angeklagte hat mehrere schwere Krankheiten durchgemacht und acht an 2 Stößen. Er ist nicht weniger als 2mal vorbestraft wegen Diebstahl- und Eigentumsdelikten, ferner wegen Zuhälterei und Sittlichkeitsvergehens, das er an seiner Stieftochter begangen hatte. Er bezeichnet sich selbst als „Lebensschwarz“. Im Jahre 1929 heiratete er seine Frau, mit der er vorher jahrelang unehelich zusammenlebte. In der Ehe gab es öfters Streit meist wegen der Stieftochter Anna, deren Lebenswandel zu Beanstandungen Anlaß gab und die deswegen in Fürsorgeerziehung verbracht wurde. Eines Nachts — es war im Jahre 1927 — ist sie zu Hause durchgebrannt. Der Angeklagte besitzt 60 A. Unterfrucht und verdient im übrigen durch arbeitsfreie Vorführungen auf Jahrmärkten und Kirchweihen, sowie durch Souvenirhandel seinen Lebensunterhalt.

Der Angeklagte betreibt nicht, den Seeger durch einen Messerstich getötet zu haben; er habe jedoch in Notwehr gehandelt. Am 9. November weilte er nach seinen Angaben mit seiner Frau und seiner Stieftochter Anna in Schwetzingen, wo sie in verschiedenen Lokalen durch arbeitsfreie Vorführungen die Gäste unterhielten. Gegen 1/2 8 Uhr kamen sie nach Kirrlach. Frau und Tochter hielten sich in der Wirtschaft zum „Löwen“ auf, während er in einem anderen Lokal haushierte. Als er in den „Löwen“ zurückkam, sah Seeger am Tische bei seiner Frau und der Tochter, mit der er anhänglich war. Seeger forderte den Angeklagten auf, einen Liter Wein zu trinken. Darauf versicherte er, trank jedoch am Büfett zwei Glas Bier, die von Seeger bezahlt wurden. Seeger mußte sich, wie der Angeklagte erklärte, denken, daß er mit dessen Unüberlegenheit, auf die seine Tochter offenbar einging, nicht einverstanden war. Der Tochter bestellte Seeger ein Glas Wein und verfuhrte handgreiflich zu werden. Der Angeklagte duldete dies nicht und wies Seeger, der angetrunken war, mit den Worten zurück: „Das, was Du willst, kann ich nicht machen. Ich führe keine Karten herbei.“ Seeger habe mit Bezug auf die Tochter des Angeklagten bemerkt: „Die bleib hier. Heute gibst noch etwas.“ Darauf verließen der Angeklagte und seine Angehörigen die Wirtschaft. Sie begaben sich nach der Wirtschaft „Zum Waldpar“, wozu ihnen Seeger folgte. Dort wollte Seeger dem Angeklagten einen Liter Bier bezahlen, der Wirt schenkte aber, da die Polzeistunde bereits überschritten war, nichts mehr ein. Darauf verließ die Gesellschaft das Lokal. Der Angeklagte wollte durch den Wald nach der Reichsbahnkellerei gehen, um von dort mit dem Zuge nach Mannheim zu fahren. Der Bahnhof ist etwa eine halbe Stunde Wegs entfernt. Seeger lief ihnen nach und umfing unterwegs die Tochter des Angeklagten von hinten. Frau Seufert habe ihm zugerufen: „Halt, das geht nicht.“ Darauf habe Seeger geantwortet: „Was willst denn Du Dreihorn?“ Der Angeklagte verwehrte sich hiergegen und forderte Seeger auf, sie in Ruhe zu lassen. Darauf habe ihm Seeger gedroht: „Dir schlage ich noch Deinen anderen schweren Knochen ab.“ Seeger habe darauf Miene gemacht, ihm einen Schlag zu versetzen, was ihn veranlaßte, eilends Meter nach der Wirtschaft „Waldpar“ zu wegsaulaufen, bis er Seeger nicht mehr sah. Später sei ihnen Seeger wieder gefolgt, habe durch die Finger geipfen und gelacht: „Da hinten kommen noch fünf andere.“ Wütend habe ihm Seeger mit beiden Händen angefaßt und gedroht: „So, Schenker, mit Dir rechne ich jetzt ab!“ Er habe Angst gehabt, Seeger hätte ihn „töt machen“ wollen. Er dachte, Seeger hätte noch fünf Bekkerscheller in der Nähe. Aus Notwehr habe er das Messer gezogen und zugestoßen. Seeger sank zu Boden. Er hob die Wunde zu und sagte noch: „Ich muß jetzt herben wegen dem.“ Er starb wenige Sekunden darauf. Ohne sich um den Getöteten zu kümmern, ging der

Angeklagte zur Bahn und fuhr nach Mannheim, wo er von zwei Kriminalbeamten verhaftet wurde. Seiner Frau hat er als die Frau, die Seeger erschossen hat.

Als Zeugen werden zunächst Gendarmriebeamt v. n. n. n., die befunden, daß Seeger in nichternem Zustand ein einwandfreier und harmloser Mensch war; in betrunkenem Zustand zeigte er eine stärkere Neigung zum Schwachen Geschlecht. Bei der ersten Vernehmung machte der Angeklagte einen bedrückten Eindruck. Er gesteht erst von den ihm feststehenden Kriminalbeamten, daß der Messerstich den Tod des Seeger zur Folge hatte. Seeger war der Sohn arbeitsloser Eltern.

Der Zeuge Peter Seeger, der sich in der fraglichen Nacht in der Begleitung des getöteten Seeger befand, mit diesem jedoch nicht verhandelt hat, gibt an, Seeger sei nicht auf Streit aus gewesen. Der Zeuge hätte in der Dunkelheit einen starken Schlag und hätte die letzten Worte des Seeger mitbekommen. Seeger sei in friedlicher Absicht zu dem Angeklagten gegangen, in der Absicht, diesen umzustimmen. Die Frauen befanden sich etwa 8 bis 10 Meter von dem Zeugen entfernt. Der Zeuge hat weder die Verletzung Seegers „dort hinten kommen noch hinter“ noch die Drohung „Jetzt rechne ich mit Ihnen (Seufert) ab“ gehört. Er hätte sie aber, wenn sie gefallen wären, bei der geringen Entfernung hören müssen. Der Zeuge hörte jedoch, daß Seufert zu Seeger sagte: „Gehen Sie hier weg, ich will nichts von Ihnen.“ Seeger sei angetrunken gewesen. Der Wirt des Lokals „Zum Saltpunkt“ erklärt, Seeger sei in angetrunkenem Zustand freizeugig und zerstreut gewesen; er habe Angst vor ihm gehabt und es sei ihm leichter gemorden, als dieser „Unhold“ ist war. U. a. wurde auch die Frau und die Tochter des Angeklagten vernommen, die Seufert zu entlassen suchten. Als Sachverständige wurde Prof. Dr. Schwarzscher, der feststellte, daß der Stich mit großer Wucht geführt worden sein mußte und Bestrahlung Medizinrat Dr. Schütz, der sich über den Leichenfund äußerte, gehört.

Erster Staatsanwalt Hofmann führte aus, im vorliegenden Falle handele es sich um eine strafbare Uebergründung der Notwehr. Unter Zuhilfenahme mildernder Umstände beantragte er wegen Körperverletzung mit Todesfolge eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. — Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Lang, trat für Freisprechung ein, da der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe. Das Schwurgericht verurteilte August Seufert wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten unter Anwendung von vier Monaten Unterhaltshaft. Die Frage für das Schwurgericht war, ob der Angeklagte in Notwehr gehandelt hat. Diese entscheidende Frage hat das Schwurgericht bejaht, deshalb weil mit absoluter Sicherheit der ganze Vorgang des Falls nicht feststeht und auch die Aussagen des Zeugen Peter Seeger in dieser Beziehung kein klares Bild gebracht haben. Das Gericht mußte deshalb zugunsten des Angeklagten annehmen, daß in dem Augenblick, als der getötete Seeger auf den Angeklagten zuging, der Angeklagte dieses Zusammentreffen als einen Angriff gegen ihn aufzufassen hat.

Bürkle-Prozeß

Berlin, 9. März. Im heutigen ersten Verhandlungstage des Konkursprozesses gegen den Sachverständigen Konrad Bürkle a. n. n. ein Gutachten über die Bürkle-Bank ab. Er erklärte, daß die Bürkle-Bank bei Einstellung ihres Kapitals auf fremde Mittel ein mit der Wirtschaftslage für das Bankgewerbe nicht in Einklang stehendes System entworfen habe. Die Bankpartner seien nicht aus Sach, sondern aus Liebesverhältnissen hervorgegangen. Die Bewilligung der Kredite sei gegen Grundbürgschaft erfolgt, die ordnungsmäßig auf die Bürkle-Bank vom Grundbesitzer übertragen wurden und die Lieberträge von Konten habe meist den Vermerk enthalten, daß sie zur Sicherung des Kredits in laufender Rechnung gelasse. Auf Seiten der Geldgeber habe in Bezug auf die Annahme der Sicherheiten eine gewisse Oberlässigkeit bestanden und es sei für sie hauptsächlich die Mobilsicherheiten bestimmend gewesen. Die Weiterbegebung der Grundbürgschaften der Bank an dritte sei ohne Einwilligung der Kunden erfolgt. Ob in einzelnen Fällen die Bankleiter von einer unredlichen Absicht geleitet wurden, sei nicht genau festzustellen. Bei Konkursöffnung seien etwa 1,8 Millionen RM. Grundbürgschaften in Umlauf gewesen, die bei der Begebung an die Geldgeber der Bank einen inneren Wert von etwa 1,5 Millionen RM. hatten, während der Wert bei Konkursöffnung 1,4 Millionen RM. betragen habe.

Als zweiter Sachverständiger führte Bankdirektor a. D. Höbel u. a. aus, daß der Zusammenbruch der Bank, deren Geschäftsgang glänzend gewesen sei und die im Jahre 1928 einen Umlauf von 199 Millionen RM. gehabt habe, auf die ungeheuren Spekulationen in Effekten, die Art der Kreditgewährung, die Entnahme außerordentlich hoher Beträge durch die Inhaber und die Insolvenz zurückzuführen sei. Die Märzverträge Liebers hätten niemals eine Sanierung der Bank, höchstens eine bessere Liquidität ermöglichen können. Eine Sanierung wäre nur durch Zuführung neuer Mittel zu erreichen gewesen, da bei der Vertragsabmachung eine Unterbilanz von 2 Millionen RM. zu verzeichnen war.

Im Anschluß an die Ausführungen von Bankdirektor a. D. Höbel beantragte der anwesende Zeuge Peter Seeger eine einstweilige Verfügung, die den Konkursverfahren über die Bürkle-Bank ab. Er erklärte, daß die Bürkle-Bank bei Einstellung ihres Kapitals auf fremde Mittel ein mit der Wirtschaftslage für das Bankgewerbe nicht in Einklang stehendes System entworfen habe. Die Bankpartner seien nicht aus Sach, sondern aus Liebesverhältnissen hervorgegangen. Die Bewilligung der Kredite sei gegen Grundbürgschaft erfolgt, die ordnungsmäßig auf die Bürkle-Bank vom Grundbesitzer übertragen wurden und die Lieberträge von Konten habe meist den Vermerk enthalten, daß sie zur Sicherung des Kredits in laufender Rechnung gelasse. Auf Seiten der Geldgeber habe in Bezug auf die Annahme der Sicherheiten eine gewisse Oberlässigkeit bestanden und es sei für sie hauptsächlich die Mobilsicherheiten bestimmend gewesen. Die Weiterbegebung der Grundbürgschaften der Bank an dritte sei ohne Einwilligung der Kunden erfolgt. Ob in einzelnen Fällen die Bankleiter von einer unredlichen Absicht geleitet wurden, sei nicht genau festzustellen. Bei Konkursöffnung seien etwa 1,8 Millionen RM. Grundbürgschaften in Umlauf gewesen, die bei der Begebung an die Geldgeber der Bank einen inneren Wert von etwa 1,5 Millionen RM. hatten, während der Wert bei Konkursöffnung 1,4 Millionen RM. betragen habe.

Kleine bad. Chronik

Späd. Zu Gunsten der hiesigen Rotgenossenschaft fand Sonntag nachmittags auf Veranlassung des Arbeiterjugendvereins „Vassalla“ ein Kirchenkonzert statt, das sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nach einem Eingangsgebet mit nachfolgender Schriftlesung durch den Organisten, Herrn Max Weber, gab die „Vassalla“ der Feier mit Fr. Schuberts weihnachtlichem Sanctus einen würdigen Auftakt für die nun folgenden wechselseitigen Schriftlesungen und Chorgesänge. Der Gesangsverein „Eintracht“ trug den „Benedictus“ von A. Zwilling und „Wanderers Nachtlied“ von C. M. Weber vor und bot damit zwei wohlklangene Leistungen. Der „Liebertraum“, der an Einzelsatz stärkste hiesige Verein, wartete mit Mozarts „Bundestied“ auf und brachte als abschließenden Chor L. v. Beethovens „Die Himmel rühmen des ewigen Erbes“ mit Orchesterbegleitung zu Gehör. Mit dem zweitletzten Chorvorsatz, Mozarts stimmungsvollem „Gebet“, „Auf der Andacht heilgen Hügel...“ aus der Oper „Così fan tutte“, hinterließ die „Vassalla“ einen starken, nachhaltigen Eindruck und bot mit dem für diesen besonderen Zweck wie eigens geschaffenen Chor eine hervorragende Leistung. In seiner Schlussansprache wies Max Weber eindringlich auf die enorme Arbeitslosigkeit und die daraus folgende große, allgemeine Not hin, und ermahnte mit treffenden Worten diejenigen zu tätiger Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft, die noch in der glücklichen Lage sind, Arbeit und Verdienst zu haben. Mit einem allgemeinen Gelang endete die würdige Feier.

Schriesheim bei Seldersberg. Die Gendarmerie hat drei Leute von hier, darunter zwei verheiratete, ermittelt und verhaftet, die vorige Woche auf dem israelitischen Friedhofe Grabsteine demolierten und umwarfen.

Schwabhausen Amt Laubersbühl. Der im 84. Lebensjahr stehende Landwirt Wilhelm Forberger starb in der Nacht zum Montag von einer Treppe seines Wohnhauses und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er nach wenigen Tagen starb.

Mannheim. Seit Jahren schon wurden in den Räumen des Mannheimer Gerichtsgebäudes rätselhaft Diebstähle ausgeführt. Der Täter hatte es meist auf Bargeld abgesehen, das er in einem unbewachten Augenblick aus der Büchse der Richter in dem Bürosimmer raubte. Es ist nunmehr gelungen, den Dieb in der Person des seit 6 Jahren im Dienst stehenden Justizwachmeisters Heinrich Kestler zu ertappen. Er ist gefänglich.

Mannheim. Nach vorausgegangenem Wortwechsel gab ein 53jähriger Fabrikarbeiter in einer Stechierhalle einem 34 Jahre alten Fuhrmann, der in stark angetrunkenem Zustand die Gasse belästigte, einen Stoß, so daß der Fuhrmann auf den Hinterkopf stürzte und mit einer Gehirnerschütterung in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Mannheim-Rheinau. Gestern vormittag 10 Uhr wurde der 55 Jahre alte arbeitslose Georg Waag von Rheinau, als er sich auf dem Weg zum Arbeitsamt Weiskamp befand, unterhalb der Altrieder Straße von einem Lankauto mit Anhänger überfahren und auf der Stelle getötet.

Alle Hausfrauen, die bislang wirtschaflich und doch zufriedene Gesichter am Familientische haben mochten, seien darauf aufmerksam gemacht, daß schon wenige Tropfen der altbewährten Maggi-Würze die Speisen um auch den mit bezauberlichen Mitteln hergerichteten Speisen prächtig Wohlgeschmack zu geben. Sonntag teure Zustände macht Maggi's Würze entbehrlich.

Sodenheim. Die hiesige Großkaufmannschaft beschäftigt wieder 300 Personen. Die Firma Sellental u. Co. hat bereits wieder 85 Personen eingestellt. Es ist somit in der nächsten Zeit mit einer Besserung in der hiesigen Zigarrenindustrie zu rechnen.

Blozheim. Großes Aufsehen erregt hier die Nachricht vom dem Selbstmord eines etwa 45 Jahre alten verheirateten Sekretärs. Er soll in einer Unterhaltungsgeheule mit einem jungen Mädchen verweilt sein und hat sich kurz vor der angelegten Gerichtsverhandlung mit Kanakali vergiftet. Der Vergiftete war in verschiedenen Ehrenämtern tätig.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Luftdruckverteilung über Europa hat sich nunmehr geändert. Ueber Mitteleuropa sind Hochdruckgebiete entstanden, an deren Rückseite über Westeuropa maritime Polarluft aus dem nordwesteuropäischen Hochdruckgebiet nach dem Festlande vordringt. Die Auswirkung dieses Wechsels in der Luftzufuhr hat sich bei uns lediglich als Drehung des Winterwetters von Nordost nach Nordwest geäußert. Im übrigen wird das winterliche Wetter anhalten.

Wetterausichten für Donnerstag, 12. März 1931:

Vorüber des winterlichen Frostwetters. Nach vorübergehender Auflockerung wieder neue Schneefälle.

Wasserstand des Rheins

Basel 115, ael. 5; Waldshut 296, ael. 14; Schaffhausen 180, ael. 10; Rehl 338, ael. 10; Maxau 530, ael. 20; Mannheim 475, ael. 24 Zentimeter.

Gewerkschaftliches

Der Schiedspruch in der bad. Textilindustrie vor dem Reichsarbeitsministerium

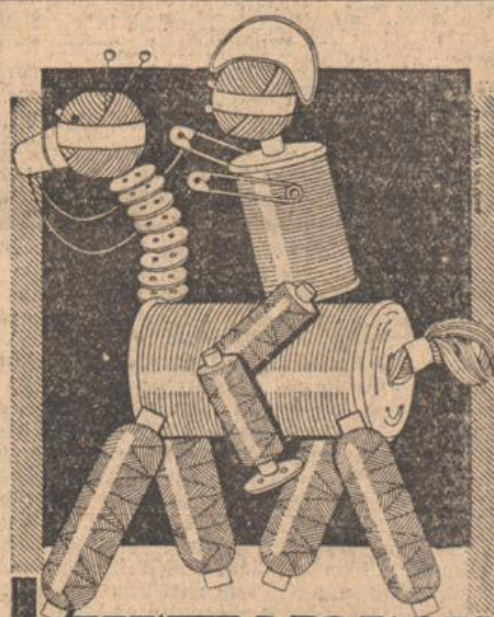
Karlsruhe, 10. März. Die Verhandlungen über den Schiedspruch in der badischen Textilindustrie der vom badischen Landeslichter geführt worden war und bekanntlich eine großzügige Lohn- und Gehaltssteigerung, haben heute in Berlin im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Sie haben fünf Stunden gedauert. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches wird morgen erfolgen.

Der Konflikt bei der Reichsbahn

Die Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften über eine Lohnsteigerung haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Reichsbahnhauptverwaltung wird nunmehr die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragen.

Auskünfte der Redaktion

§ 100. Am 1. März ist eine weitere Preiserhöhung seitens der Brauereien nicht erfolgt, auch nicht von der Brauerei Mannheim. Ein Aufschlag seitens der Wirtes ist deshalb ungedeutet.



Reiche Auswahl für die Frühjahr-Schneiderei!

- Lockennadeln Brief 2/
- 2 Dtz. Sicherheitsnadeln 5/
- Nähkunstseide in 50 Meter-Rolle 5/
- Schneidermaße Stück 9/
- Kopierblätter Stück 10/
- 3 Dtz. Druckknöpfe garantiert rostfrei 10/
- 3 Stück Nadeln für 10/
- Nadelmappe 10/
- 10 Stück Bubikopfnadeln 10/
- Sternzwirn 3 Stern 10/
- Reihgarn 20 Gramm-Rolle 10/
- Handfaden Rolle 10/
- Maschinenfaden 200 Mtr.-Rolle 10/
- Schuhanziehler Stück 10/
- Gardinenkordel Leinen, 7 m 10/
- Halbleinenband 3/2 Meter 10/
- Nähnadeln 5 Brief 10/
- Nahtband 10 Mtr.-Holle 10/
- K'seid. Gummilitze 3 Mtr. 10/
- Damen-Strumpfhalter Paar 15/
- Armblätter Paar 25/ 15/
- Stopfwohle 5 verschied. Farben 15/
- Nähzeug für die Handtasche gestellt Dose 18/
- Stopfgarn 10 Knäuel in Farb. 30ct. 25/
- 6 Paar Schuhnebel 100 cm 25/
- Stahlstecknadeln 100 Gramm 25/





Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

11. März.

1811 Arbeiteraufstand in Nottingham. Beginn der Raddindbewegung. — 1831 Revolten in der Republik. — 1872 Reichstagswahl gegen die Sozialdemokraten. — 1919 Internationaler Arbeiterkongress in Bern. — 1925 Chinesischer Staatsmann Dr. Sun Yat-sen.

Gewaltiger Schneefall

In Karlsruhe 15 Zentimeter Schneehöhe — Die Stadt eingeschneit

Am Dienstag wartete der verspätet mit aller Strenge eingetretene Winter mit einer neuen Überraschung auf. In aller Frühe legte bei ruhiger Luftbewegung, einer leichten Brise aus Nordost und einer Kälte von — 4 Grad kräftiges Schneegestöber ein, das ohne jegliche Unterbrechung den ganzen Tag über in die Nacht andauerte. Dieser überaus ergiebige Schneefall gehört in Karlsruhe und in der Gegend der Stadt zu den Seltenheiten. Nicht nur wegen seines so späten Eintritts (denn in knapp zwei Wochen beginnt der kalten Winter Frühling), sondern vor allem ob seiner Ausgiebigkeit und seiner weiten Verbreitung bedeutet dieser Schneefall eine Abnormität. Innerhalb von 10 bis 12 Stunden sind inmitten der Landeshauptstadt 15 Zentimeter Schnee gefallen, während in den Außenteilen der Schnee sich auf 20 bis 25 Zentimeter angehäuft hat.

In Karlsruhe darf der Schneefall vom Dienstag als der weitaus ausgiebigste seit Jahren angesehen werden. Außerhalb zeigt das Stadtbild eine vollkommene Verwandlung. Wege und Straßen sind tief verschneit, die Schneedecke ist so hoch geworden, daß sie Unebenheiten verdeckt und die Fußsteige und Fahrstraßen ausgeglichen hat.

Bei 4 Grad Kälte hielt das Schneegestöber noch am späten Nachmittag in solcher Dichte an, daß sämtliche Säuberungsaktionen des Stadt- und Straßenwesens mobil gemacht werden mußten, um zunächst auf den Hauptverkehrsstraßen, an den hauptsächlichsten Straßenkreuzungen eine umfassende Säuberungsaktion einzuleiten. Der Erfolg einer solchen bleibt solange gering, als in jeder weiteren Stunde immer wieder neue Schneemengen niedergehen. Vom Marktplatz, von der Kaiserstraße und von der Hauptpostgegend hat man bereits Dutzende von automobilen Transportwagen mit Schnee aufgeladung und abgeführt. Trotzdem leidet der Verkehr, zumal die Weichen der Straßenbahn schnell wieder zuschneien, so daß die Salzwagen wiederholt in Tätigkeit treten mußten. Schwermüde gestaltete sich der Verkehr auch an den Straßenkreuzungen, wo sich der Schnee bis zu 20 Zentimeter Höhe angehäuft hat. In den Gärten und Anlagen, sowie in den Wäldern der Stadt sind alle Fußwege und Fahrwege in einem Umfange verschneit und zugewehen, wie man dies in Karlsruhe seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet hat.

Die Reform des Strafgesetzbuches

Am Montag Abend hielt im Volkshaus im Auftrage des Gewerkschaftsrates Gen. Staatsanwalt Dr. Weiler einen lehrreichen Vortrag über „Die Reform des Strafgesetzbuches“.

Vor Beginn des Vortrages gedachte der Vortragende Gen. Erb des verstorbenen Gen. Weiler, der in einem ehrenvollen Nachruf. Der Vortragende wies sodann darauf hin, daß unser gegenwärtiges Strafgesetzbuch schon 80 Jahre alt ist, also zu einer Zeit entstanden ist, wo Deutschland noch ein Feudalstaat war, wobei es also den Bedürfnissen des heutigen Justizsystems gar nicht mehr gerecht werden kann. Auch beruht das ganze Strafgesetzbuch auf dem Grundgedanken der Vergeltung, also auf ganz überlebten Gedanken während heute alle namhaften Strafrechtler den Grundgedanken der Besserung des Straftäters vertreten. In kurzen Zügen streifte dann der Redner den Entwicklungsstand des neuen Strafgesetzbuches, der unter Gen. Kahlbaum zum Verfasser hat und der wahrscheinlich in Kürze auch vom Reichstag zum Gesetz erhoben werden wird. Der Redner bekannte sich als Gegner der Todesstrafe, wobei er auf Beispiele der Schwere hinwies, wo in denjenigen Kantonen, in denen die Todesstrafe abgeschafft ist, die Kriminalität nicht so hoch ist, wie in denjenigen, in denen die Todesstrafe besteht. Zur Todesstrafe werden im neuen Strafgesetzbuch auch Freiheits- und Geldstrafen kommen. Das Recht der Begnadigung wird in Zukunft von den Vätern auf das Reich übertragen. Neben Strafen kennt der neue Entwurf auch Sicherungsverwahrung und Schutzmaßnahmen, die andere Länder schon längst haben, die für Deutschland aber eine Neuerung sind. Das neue Strafgesetzbuch wird auch nicht in so enge Schranken gezeichnet sein, wie das alte, sondern dem Richter wird mehr Bewegungsfreiheit gelassen in der Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse des Straftäters. Neu im neuen Strafgesetzbuch wird auch sein, daß die Verletzung zum Selbstmord mit empfindlicher Strafe belegt wird. Die Abtreibung wird zwar im neuen Entwurf nicht völlig freigegeben, aber leichte Fälle, Fälle, in denen aus Not gehandelt wurde, werden straflos sein. Im neuen Strafgesetzbuch wird auch der Mißbrauch mit Raubgeldern bestraft werden, was angeht, der sehr überhandnehmenden Verbrechen in dieser Beziehung sehr angebracht ist.

Der Vortrag wurde von der gutbesuchten Versammlung sehr aufmerksam verfolgt und sehr beifällig aufgenommen.

Auf Anfragen aus der Versammlung machte der Referent noch sehr interessante Ausführungen über politische Verleumdungen, wobei er auf einen Erlass des Herrn Generalstaatsanwalts hinwies, in dem verordnet wird, daß politische Motive in Verleumdungen nicht strafbar sind, sondern strafverjährbar gemacht werden müssen. Wir sollten uns in dieser Beziehung an England ein Beispiel nehmen, wo derjenige, der sich an politischen Verleumdungen hinreichend ist, von der gesamten Gesellschaft neugierig wird, was noch besser ist, als Strafe.

Kriegsopfer-Verlammlung

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. — Ortsgruppe Karlsruhe — (Geschäftsstelle Kriegsstraße 200) hielt am 5. ds. Mts. eine sehr stark besuchte Generalversammlung ab. Damit verbunden war eine Protestkundgebung gegen den Abbau der Versorgung der Roten Kreuzen und die einschränkenden Erlasse des Reichsarbeitsministeriums. Ferner wurde Protest erhoben gegen einen Beschluß des Stadtrates in der Frage der Belegung des Bismarckdenkmals beim Stadt. Volkspark K. Karlsruhe. Dem Geschäftsbericht war u. a. zu entnehmen, daß sich die Ortsgruppe trotz unangünstiger Verhältnisse und starker Abnahme der Zahl stehend weiter entwickelt hat. Sie ist mit ihren über 2000 Mitgliedern immer noch die weitaus größte Kriegsopferorganisation am Ort. Es darf mit Recht gesagt werden, daß der Reichsbund die einzige Organisation ist, die es mit ihrem in jeder Hinsicht auf durchgeführten Punkt anstrebt, ausgeschiedene Kriegsopfer, die Witwen der Kriegsopfer, mit allem zu vertreten. Die Geschäftsleiter seien davon bereits Kenntnis ab. Durch den Tod wurde der Ortsgruppe im vergangenen Jahre 30 neue Mitglieder entzogen. Zur Verrückung der ersten Not konnte ihren Hinterbliebenen

Abschied von Eugen Geck

Weit und breit, auch über unserem Friedhof, ein stilles Leidgedächtnis aus Schnee, drinnen in der Friedhofskapelle liegt die sterbliche Hülle unseres alten Freundes Eugen Geck aufgebahrt, flankiert auf der einen Seite von der roten Fahne des Sozialdemokratischen Vereins und auf der anderen Seite von derjenigen des Gesangsvereins Kassella. Ein Haufen von Kränzen und Blumen, umteilt mit roten Schleifen, als äußeres Zeichen der Verehrung und Dankesbezeugung an den nun tot dahingegangenen Freund. Eine große trauernde Schar gibt dem verstorbenen Kämpfer das letzte Geleit, hat sich eingedrängt zum Abschiednehmen von dem nun stumm gewordenen Genossen. Zahlreiche Behörden sind vertreten, ebenfalls sozialistische Organisationen und Vereine. Wir bemerkten u. a. Minister Dr. Kemmese, Landtagspräsident Duffner, Reichstagsabg. Marum, Oberbürgermeister Dr. Finter, Bürgermeister Schneider, Vertreter des Stadtverordnetenstandes, Stadträte sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten. Diese beiden Parteien sind scheinbar eben menschlichen Empfindens bar, der daß bei ihnen geht über das Grab hinaus. Ihr Verhalten richtet sich bei allen anständig Denkenden von selbst. Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei und Ausschüsse der Volkstimme in Mannheim haben den Gen. Stadtrat Trumppheller in Mannheim entsandt. Von Bruchsal ist Oberbürgermeister Dr. Meißner erschienen. Dazu kamen viele Genossen und Genossinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörige des Volksstandes, so daß die Friedhofskapelle all die Leidtragenden kaum fassen kann. Eine große Trauergemeinde, ein einbrechender äußerer Rahmen zur Trauerfeier.

Tief ergriffen stehen und lauschen die Menschen den Worten des Toten, die ihm letzte Grüße bringen. Was so stark ergriff, was am meisten wehte, was das Wissen: Wieder ist einer der Asten, einer der Wurzeln und Pioniers von uns gegangen, ein Mensch voll hoher Gerechtigkeit und hoher Menschlichkeit, ein guter Kamerad, der nur Gerechtigkeit wollte und für sie bis zum letzten Atemzug kämpfte.

Harmonisch liefen die Feier ein, ein Trauerspiel der Kassella folgt. Gen. Jugendrat und Stadtrat Kappes, der den kirchlichen Teil der Beerdigungsfeier übernahm, schloß in einer geistig sehr hochstehenden Rede den Menschen und Kameraden Eugen Geck. Wenn er auch kein Gläubiger im Sinne der christlichen Konfession war, so setzte er sich als Kämpfer um den letzten Sinn der Dinge. Seine Hinterlassenschaft ist der große Glaube an die Gerechtigkeit, an die großen Ziele, für die er sich einsetzte.

Auch aus all den Worten, die die Vertreter der einzelnen Organisationen und Vereine zum Abschied an die Trauergemeinde richteten, tritt immer wieder eines hervor: Gen. Geck war ein Sozialist, ein guter Mensch und tapferer Kämpfer, der sich in jungen Jahren nicht abschrecken ließ und im Alter erst recht nicht. Die Gedanken gehen auch gleich der erste Redner, Gen. Stadtrat Kappes, als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe und des Kreises Karlsruhe-Forstheim, Ausdruck. Er gedenkt in ehrenden und dankbaren Worten der Mitarbeit und Fröhenheit des Gen. Geck in der Partei, als Stadtratsmitglied und Stadtrat, sowie Landtagsabgeordneter und schließt mit dem Gelübnis, in seinem Sinne weiterzuarbeiten.

Bestehende Abschiedsworte im Namen der sozialdemokratischen Stadtverordneten- und Stadtratsfraktion widmet Gen. Stadtrat Trumppheller dem verstorbenen Freund. Seine Verdienste um das arbeitende Volk und der Gemeinschaft in Karlsruhe sind unbestritten. Für die Jugend war er ein guter Lehrmeister. In seinem Geiste weiterzuarbeiten, soll unser Gelübnis sein.

Gen. Geschäftsführer Hartmann er als Dolmetsch des Ausschusses und der Geschäftsleitung des Volksstandes dankt des Geschäftsführers Eugen Geck, der auch nach erfolgter Konfessionierung sich mit dem Volkstand verbunden fühlte und das Rücklicht hatte, mit seinen früheren Mitarbeitern, so oft er ins Geschäft kam, Gedanken auszutauschen. Das Andenken an den Verstorbenen ist dadurch gemehrt, daß Gen. Geck am Portal des Volksstandesgebäudes in Klein einmündlich bei der Arbeit verdinglicht ist.

Den Geschäftsführer, Freund und Menschen des württembergischen Auftrages der Redaktion sowie des Gesamtredaktions Gen. Redakteur Gruber u. a. m. Besonders hob er die soziale Gesinnung des Gen. Geck hervor, wie er jeden im Betriebe Beschäftigten als Mit-

arbeiter schätzte. Er feierte ihn dann als den guten Menschen, der aber auch über diese engen Grenzen hinaus für Völkerverständigung eintrat und der Träger bester Tradition der deutschen Arbeiterbewegung war.

Für die Kassella spricht ihr Vorsitzender Gen. Brandel bestehende Abschiedsworte.

„Wir wissen, was wir an Eugen Geck verloren haben,“ mit diesen einleitenden Worten befragt der Vertreter der Freien Gewerkschaften, Gen. Schulenburg, den Tod des Gen. Geck. Weiterhin: Sein ganzes Wissen und Können hat Gen. Geck den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt. In seinem Sinne wollen wir weiter arbeiten.

Als Vertreter der Landtagsfraktion sagt Gen. Landtagsabgeordneter Weilmann dem Verstorbenen Dank unter besonderer Hervorhebung der Verdienste des Gen. Geck in der Nationalsozialistischen Partei und als Landtagsabgeordneter, wobei er noch speziell das Wissen des Gen. Geck in der badischen Geschichte und der Beratung der Gemeindeordnung hervorhob.

Die Naturfreunde lassen durch Gen. Walter Abschied nehmen. Der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, Gen. Landtagsabgeordneter Kückler, schildert den Gen. Geck als langjähriges treues Mitglied, das stets die Wünsche der Organisation erfüllt hat.

Immer wieder: Eugen Geck war ein Vorbild, ein Führer der sozialistischen Arbeiterklasse und immer noch nur, wenn auch aus begrenzten Kreisen stammend, ein Sohn des Volkes.

Ein letztes Abschiedswort der Kassella und Worte des Jugendraters Kappes. Unter Harmonieklängen und in stimmungsreicher Variation der Kassella und des guten Kameraden, von Gen. Geck geleitet, wird, was von Eugen Geck sterblich war, hinausgetragen.

Die letzte Fahrt . . . Zum Krematorium. Kurze Ansprache des Gen. Pfarrers Kappes. Es lenkt sich der Sarg. Fahnen schwenken. Wir haben Abschied genommen. Ein treuer Kamerad und Kämpfer soll nicht mehr unter uns sein! Er spricht zwar nicht mehr, wir sehen ihn auch nicht mehr, aber sein Werk ist lebendig, es spricht zu uns, es mahnt uns aber auch: Weiterkämpfen!

Beileidsbezeugungen anlässlich des Ablebens des Gen. Geck

Dem Vorsitzenden der sozialdem. Bürgerauschussfraktion, Gen. Stadtrat Trumppheller, sind u. a. folgende Beileidsbezeugungen ausgegangen:

Von der Zentrumsfraktion: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Aus Anlaß des Ablebens des auch von uns hochgeschätzten Herrn Stadtrats Geck dränge ich die Bürgerauschussfraktion Ihrer Partei im Namen der Zentrumsfraktion auf die Teilnahme aus. Der allzufrühe Beimgang des Herrn Stadtrats Geck, der sich um die Entwicklung der Stadt große Verdienste erworben hat, wird für die bürgerlichen Kollegen der Landeshauptstadt eine empfindliche Lücke hinterlassen. Dem Verstorbenen ist ein ehrendes Gedenken gesichert.

In ausgeschiedener Hochachtung Dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Karlsruher Bürgerauschusses: W. I. B. Finanzrat.

Von Herrn Bürgermeister Schneider: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Nachricht vom Tode eines so hochgeschätzten Kameraden hat mich tief erschüttert. Er ist als gerecht und vornehm denkender und im Handeln charaktervoller und mutiger Mann von keinem anderen Mitglied des Stadtrates übertrifft worden. Ich selbst habe ihm unendlich viel zu verdanken. Gestatten Sie, daß ich Ihnen und Ihrer Fraktion das herzlichste Beileid zu dem schweren Verluste ausspreche, der Sie getroffen hat.

Der frühere Stadtrat Herr Rudolf Hugo Dietrich, der der deutschen Fraktion angehört, landete ebenfalls ein sehr herzlich gehaltenes Beileidschreiben, in dem er die vorzüglichen Eigenschaften des Charakters und des ganzen Lebens des Gen. Geck würdigt. Er schreibt, was weiterhin, daß man ihn verehren mußte, war doch seine treue, aufmerksame Einstellung, daß er auch andere Menschen mit anderer Auffassung achtete und überleben konnte, was ihm ein treues ehrenvolles Gedenken aus über dem Grabesbügel hinaus erhalten wird.

Das hiesige Beileidschreiben ist dem Gen. Geck als ein sehr herzlich gehaltenes Beileidschreiben, in dem er die vorzüglichen Eigenschaften des Charakters und des ganzen Lebens des Gen. Geck würdigt. Er schreibt, was weiterhin, daß man ihn verehren mußte, war doch seine treue, aufmerksame Einstellung, daß er auch andere Menschen mit anderer Auffassung achtete und überleben konnte, was ihm ein treues ehrenvolles Gedenken aus über dem Grabesbügel hinaus erhalten wird.

Lehrer- und Pädagogenverein, Ortsgruppe Karlsruhe e. V. Samstag, 11. ds. Mts. findet im Chemischen Institut der Technischen Hochschule der letzte Abschiedsvortrag dieses Winterhalbjahres statt über das hiesige Land, Sitten und Gebräuche der Einwohner. Der Vortrag wird der bekannte Vortragskünstler Rudolf Schickler, der sich dieses Jahr hier einmündlich einführt. Der Vortrag enthält vom Brenner bis zum . . . die Rosenortanlage, der Marktplatz, das hiesige Land, Sitten und Gebräuche der Einwohner, die Rosenortanlage, der Marktplatz, das hiesige Land, Sitten und Gebräuche der Einwohner, die Rosenortanlage, der Marktplatz, das hiesige Land, Sitten und Gebräuche der Einwohner.

Lehrer- und Pädagogenverein, Ortsgruppe Karlsruhe e. V. Samstag, 11. ds. Mts. findet im Chemischen Institut der Technischen Hochschule der letzte Abschiedsvortrag dieses Winterhalbjahres statt über das hiesige Land, Sitten und Gebräuche der Einwohner. Der Vortrag wird der bekannte Vortragskünstler Rudolf Schickler, der sich dieses Jahr hier einmündlich einführt. Der Vortrag enthält vom Brenner bis zum . . . die Rosenortanlage, der Marktplatz, das hiesige Land, Sitten und Gebräuche der Einwohner, die Rosenortanlage, der Marktplatz, das hiesige Land, Sitten und Gebräuche der Einwohner.

KAMMER

Kaiserstraße 168

Lichtspiele

Heute Mittwoch 3 1/2 Uhr Premiere



Der Liebesexpress

Ein herrlicher Tonfilm von Niveau! Ein Film für den verwöhntesten Geschmack!

8 Tage Glück - 8 Tage Venedig - 8 Tage Sonne, Süden, Leidenschaft

Der goldene Traum eines lieben kleinen Mädchens, der zur Wahrheit — und zum Schicksal wurde

Dina Gralla als angehende Millionärin Georg Alexander als der „Herr Privatsekretär“

Zum 1. Male Josef Schmidt der neuentdeckte Star am Tonfilmhimmel und beliebte Berliner Rundfunk-Tenor im Tonfilm

In löbendem Beiprogramm: Flock und Flickie in Holland, Ufa-Wochenschau usw.

Dem verehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß wir durch den Einbau einer der modernsten hochwertigen Tonfilm-Apparate sowie durch günstige Abschlüsse der bedeutendsten Filmwerke, stets in der Lage sein werden, den verwöhntesten Ansprüchen unserer wertvollen Besucher gerecht zu werden

Eintrittspreise: 2. Platz Mk. -80, 1. Platz Mk. 1.10, Sperrsitz Mk. 1.40, Logo Mk. 1.80. Kleinrentner, Erwerbslose u. Jugendliche nachmittags Preisermäßigung

Jugendliche haben Zutritt

Gelegenheitskauf!

2 Bücherränke Höhe 100 breit

5 Grammophonkästen Höhe mit Musikapparat

vollständig neu, die an Zahlungsart über-

nommen werden, günstig abzugeben. Anfragen

unter Nr. 2212 an das Volkstheaterbüro erbeten.

An der Gemeinde: 30 Linien in die Gemein-

schaften. Beobachtungsgebiet ist die Gemein-

schaften. Die Behörden sind durch alle Gemein-

den 15 km Umkreis für den Sperrzeit-

raum 8 Beobachtungsgebiet und den 15 km Um-

kreis gelten die gemeinsamen Bestimmungen

der §§ 162-164 und 168 der Ausführungs-

Verordnungen zum Verwaltungsverfahren

in Karlsruhe, den 9. März 1931.

C. 3.31

Städtisches Bezirksamt, Abteilung IV.

Grundstücks-Zwangserweiterung

5 V.T. 42/30.

Am Zwangswege veräußert das No-

tariat am

Samstag, den 25. April 1931,

vormittags 9 1/2 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe,

Kaiserstraße Nr. 184, 2. Stock, Zimmer

Nr. 13, die unten beschriebenen Grund-

stücke des Otto Haitian, Kaufmann in

Karlsruhe und dessen Ehefrau Elisabeth

geb. Kiedel, auf Gemarkung Karlsruhe,

Die Versteigerung wurde am 17. Janu-

ar 1931 und 17. Februar 1931 im Grund-

buch vermerkt. Die Nachweilungen

über die Grundstücke samt Schätzung

lassen jedermann einsehen. Rechte, die am 29.

Dezember 1930 bzw. 3. Febr. 1931 noch

nicht im Grundbuch eingetragen waren

und insoweit in der Versteigerung, vor

der Aufforderung zum Bieten, anzumel-

den und bei Widerspruch des Gläubigers

alaubhaft zu machen, sonst werden sie im

Versteigerung erst nach dem Antrag des

Gläubigers und nach den übrigen Bedin-

gungen herabzusetzen. Wer ein Recht gegen

die Versteigerung hat, muß das Verfab-

ren vor dem Zuschlag aufheben oder ein-

willweilen einstellen lassen, sonst tritt für

das Recht der Versteigerungserlöse an die

Stelle des veräußerten Gegenstandes.

Grundstücksbekanntmachung:

Grundbuch Karlsruhe Band 632 Blatt 20.

1. Lsg. Nr. 18 749:

Hofstraße 3 ar 19 am

Hausgarten a) 12 ar 12 am

Hausgarten b) 12 ar 38 am

13 ar 69 am

Durmersheimer Straße Nr. 194.

Hierauf steht teilweise das bei Lsg.

Nr. 18 748 unter e) aufgeführte Ver-

kaufshauschen.

Schätzungswert ohne Zubehör 1600 M.

2. Lsg. Nr. 18 748:

Hofstraße 1 ar 77 am

Hausgarten a) 1 ar 02 am

Hausgarten b) 8 ar 03 am

10 ar 82 am

Durmersheimer Straße Nr. 194.

Hierauf steht:

a) ein einfaches Wohnhaus mit

Eisenblechdach.

b) ein einfaches Wohnhaus mit Abort

und Veranda.

c) ein einfaches Stallgebäude mit

Schneefallen und Rindschuppen.

d) ein einfaches Schmelzofengebäude.

e) ein einfaches Verkaufshauschen,

teilweise auf Lsg. Nr. 18 749 er-

teilt.

Schätzungswert ohne Zubehör 9000 M.

Schätzungswert für beide Grundstücke

mit Zubehör 10 625 M.

Band 30 Blatt 7 D:

3. Lsg. Nr. 18 536: 8 ar 31 am Ackerland

Gemann Neuth, Schätzungswert 200 M.

Band 152 Blatt 2A:

4. Lsg. Nr. 18 753: 8 ar 53 am Acker-

land, Gemann Kurse Hardtäder.

Schätzungswert 550 M.

Band 6 Blatt 10 D:

5. Lsg. Nr. 18 965: 21 ar 24 am Acker-

land, Gemann Hammäder, Schätzungswert

370 M.

6. Lsg. Nr. 18 929: 13 ar 03 am Acker-

land, Gemann Hammäder.

Schätzungswert 230 M.

Band 27, Febr. 1931. 622

Notariat V. — Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangserweiterung

5 V.T. 131.

Am Zwangswege veräußert das No-

tariat am

Dienstag, den 28. April 1931,

vormittags 9 Uhr,

in seinen Diensträumen in Karlsruhe,

Kaiserstraße Nr. 184, 2. Stock, Zimmer

Nr. 13, die unten beschriebenen Grund-

stücke des Otto Haitian, Kaufmann in

Karlsruhe und dessen Ehefrau Elisabeth

geb. Kiedel, auf Gemarkung Karlsruhe,

Die Versteigerung wurde am 17. Janu-

ar 1931 und 17. Februar 1931 im Grund-

buch vermerkt. Die Nachweilungen

über die Grundstücke samt Schätzung

lassen jedermann einsehen. Rechte, die am 17.

Januar 1931 noch nicht im Grund-

buch eingetragen waren, sind insoweit

in der Versteigerung, vor der Aufforderung

zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch

des Gläubigers alaubhaft zu machen, sonst

werden sie im Versteigerung, vor dem Zuschlag

aufheben oder einwillweilen einstellen lassen,

sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse

an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.

Grundstücksbekanntmachung:

Grundbuch Karlsruhe Band 538 Blatt 5.

1. Lsg. Nr. 5219 a: Hofstraße 2 ar 65 am

Bachstraße 26.

Hierauf steht:

a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit

Schienenkeller.

b) ein einfaches Erdernordan.

Schätzungswert ohne Zubehör: 26 000

Reichsmark.

Schätzungswert mit Zubehör: 26 060

Reichsmark.

2. Lsg. Nr. 1267 a: Hofstraße 3 ar 53 am

Ritterstraße Nr. 5.

Hierauf steht:

Ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schie-

nenkeller, hinten aber ist ein einfaches

Schuppen.

Schätzungswert ohne Zubehör: 180 000

Reichsmark.

Schätzungswert mit Zubehör: 180 515

Reichsmark.

Karlsruhe, den 2. März 1931. 623

Notariat V. — Vollstreckungsgericht.

Mitglieder-Verammlung

des Karlsruher Kärnervereins

vom Roten Kreuz

Freiwilige Sanitätskolonne.

Am Mittwoch, den 25. März d. J. abends

8 Uhr, findet im Eigen Saal, des Volksthe-

aters, Stellenstraße 74, Sitzungsbüro, die

jährliche Versammlung statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht über die Tätigkeit der Kolonne

2. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

3. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

4. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

5. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

6. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

7. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

8. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

9. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

10. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

11. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

12. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

13. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

14. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

15. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

16. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

17. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

18. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

19. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

20. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

21. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

22. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

23. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

24. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

25. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

26. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

27. Bericht über die Tätigkeit der Sanitäts-

kolonne

Wer stieck

Buchstaben auf

einer St. per-

sonnenmaschine

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater

büro

Arbeits- und N. 29

an das Volkstheater